

Euro, Agenda 2010 und Finanzkrise: 2001 bis 2010

Einleitung

Der terroristische Anschlag auf das World Trade Center in New York am 9. September 2001 war eine Wendemarke in der Weltpolitik. Die USA riefen einen »Krieg gegen den Terrorismus« aus und führten Kriege in Afghanistan und im Irak. Die Hoffnungen der Menschen auf eine weltweite Abrüstung nach der Wende in der Sowjetunion und Osteuropa wurden nicht erfüllt. Weltweit stiegen die Rüstungsausgaben weiter.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 war ein Einschnitt für die gesamte Wirtschaftspolitik. Die Glaubenssätze eines neoliberalen Finanzmarktkapitalismus waren gescheitert und Deutschland erlebte einen Wirtschaftseinbruch. Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze konnten IG Metall und Betriebsräte u.a. durch die Nutzung von Kurzarbeit und die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung stark abmildern.

Die Konflikte der Gewerkschaften mit der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder nahmen zu und lösten nach der Verkündung der »Agenda 2010« im Jahr 2003 heftige Proteste aus. Bei der Bundestagswahl 2005 verliert die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit. CDU und SPD bilden eine große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vize-Kanzler Franz Müntefering, der gleichzeitig Arbeitsminister wurde. Zu Beginn der neuen Regierung wurde das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht und löste damit erneut Proteste der Gewerkschaften aus. Das Verhältnis der Gewerkschaften und der SPD war auf dem Tiefpunkt.

In Niedersachsen wird im Jahr 2003 die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Sigmar Gabriel abgewählt. Die neue CDU-FDP Landesregierung wird von Ministerpräsident Christian Wulf geleitet und 2010 von David McAllister abgelöst, nachdem Christian Wulf zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Der Versuch der IG Metall 2003 in Ostdeutschland mit Streiks in Sachsen und Berlin-Brandenburg die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, musste ergebnislos abgebrochen werden. Dies löste eine Führungskrise in der IG Metall aus. Nach monatelangen Kontroversen wurden Jürgen Peters als Erster Vorsitzender und Berthold Huber als Zweiter Vorsitzender gewählt.

Für die betriebliche Praxis in der Metallindustrie war der Abschluss des neuen Entgelt-Rahmentarifvertrages (ERA) 2003 eine Wendemarke: Die tarifliche Unterscheidung in Arbeiter und Angestellte entfiel. In der Folge mussten zehntausende Beschäftigte in die neuen Entgeltgruppen eingruppiert werden. 2004 vereinbarte die IG Metall im »Pforzheimer Abkommen« die Möglichkeit, Ergänzungstarifverträge abzuschließen, um einzelne Betriebe zu sanieren.

In der IG Metall Hannover löste Reinhard Schwitzer den ersten Bevollmächtigten Dieter Dicke ab, der in Altersteilzeit ging. 2004 bezogen die Geschäftsstelle und die Bezirksleitung das neue Gewerkschaftshaus am Postkamp 12.

Jahr	Politik	IG Metall im Bund und Land, Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
2001	Neues BetrVG (u.a. Geschlechterquote) »Riesterrente« 9. September: Terror-Anschlag auf World Trade Center Berliner Oberbürgermeister Wowereit outet sich als schwul.	Einführung eines Versorgungswerkes »MetallRente« Tarifliche Regelung: 12 Monate Übernahme für Azubis. Tarifvertrag bei VW zu »5.000 mal 5.000« Gründung von ver.di; Integration der DAG in ver.di	Arbeitslosigkeit: 11,7% Mitglieder: 43.622 Beginn der kontinuierliche Studierendenarbeit der IG Metall IG Metall zieht vorübergehend in die Hildesheimerstr. 25
2002	Einführung des Euros Bundestagswahl: Bestätigung der Koalition von SPD und Grünen Angriffe auf Flächentarifvertrag		1. Bevollmächtigter: Reinhard Schwitzer 2. Bevollmächtigter: Ulrich Fitzner
2003	Demonstrationen gegen den Irakkrieg der USA Bundeskanzler Schröder verkündet die »Agenda 2010«, Gegendemonstration am 1.11. in Berlin mit 100.000 Teilnehmenden Landtagswahl in Niedersachsen: Koalition von CDU und FDP, Ministerpräsident: C. Wulf	Niederlage im Streik um die 35 Stunden Woche in Ostdeutschland »Führungskrise« der IG Metall Gewerkschaftstag in Frankfurt und Hannover: 1. Vorsitzender: Jürgen Peters 2. Vorsitzender: Bertold Huber	24.Mai: Demonstration gegen Sozialabbau und »Agenda 2010« des DGB in Hannover: 10.000 Teilnehmende
2004	3. April 2004. Demonstration des DGB gegen »Agenda 2010« in Berlin, Köln und Stuttgart mit über 550.000 Teilnehmenden Darüber hinaus Bundesweite Montagsdemonstration gegen »Hartz IV«, insbesondere in Ostdeutschland EU-Osterweiterung	Abschluss des Entgelt-Rahmentarifvertrages (ERA) in der Metallindustrie Zukunfts-Tarifvertrag bei Volkswagen »Pforzheim«-Tarifvertrag zu betrieblichen Ergänzungstarifverträgen Volkswagen: Tarifvertrag für dual Studierende	Autokorso und Fackelzug der Volkswagen Beschäftigten zum Verhandlungshotel Kronsberg Neues IG Metall-Haus im Postkamp 12 IG Metall beginnt mit der Ausbildung für Kaufleute zur Bürokommunikation Pia Pachauer wird Kassiererin
2005	Bundestagswahl: Koalition von CDU und SPD. Bundeskanzlerin: Angela Merkel, Vize-Kanzler Franz Müntefering Gründung der WASG, einer der Vorläufer der Partei »Die Linke«	Volkswagen: Affäre um mehrere Betriebsratsvorsitzende	Umsetzung des Entgelt-Rahmentarifvertrages in den Hannoveraner Betrieben Erfolgreicher Abwehrkampf gegen die Tariffucht von Nexans
2006	Demonstrationen gegen die »Rente mit 67« in 5 Städten mit 220.000 Teilnehmenden	Ergänzung des Zukunftstarifvertrages bei Volkswagen Neuer Oberbürgermeister: S. Weil	Hannover Messe und Cebit: Erstmals verbilligter bzw. freier Eintritt für IG Metall Mitglieder
2007	Beschluss über die Einführung der Rente mit 67 mit bundesweite Protesten dagegen Gründung der Partei »Die Linke« aus PDS und WASG	Gewerkschaftstag: 1. Vorsitzender: Bertold Huber 2. Vorsitzender: Detlef Wetzler Helga Schwitzer geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Kampagnen für Leiharbeiter und Studierende	15.9.: »Bunt statt braun«: Demo gegen die NPD mit 20.000 Teilnehmenden
2008	Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Landtagswahl in Niedersachsen: Bestätigung der CDU-FDP-Koalition und MP C. Wulf		
2009	Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise: 1 Million Kurzarbeiter Demonstration des DGB in Berlin mit 100.000 Teilnehmenden	Tarifabschluss TV FlexÜ: flexibler Übergang in Rente (Altersteilzeit) 5. September: Jugendaktion in Frankfurt zur Operation Übernahme und Veranstaltung in der Frankfurter Fußball-Arena	Ideen Expo Erste Vorlesungen für Studierende an der Fachhochschule Hannover durch IG Metall Vertreter

	Bundestagswahl: Koalition von CDU und FDP. Bundeskanzlerin: Angela Merkel Ende der staatlichen Förderung der Altersteilzeit	Tarifrunde Volkswagen: u.a. zur Altersteilzeit	
2010	Christian Wulf wird Bundespräsident David McAllister wird niedersächsischer Ministerpräsident	Tarifrunde Volkswagen: Beschäftigungssicherung bis 2014 Innovationsfonds	Arbeitslosigkeit: 10% IGM-Mitglieder: 36.603 6.11.: Demonstration »Kurswechsel«: 15.000 Teilnehmende

Lebenssituation der Menschen

Ab dem 1. Januar 2002 wurde nicht mehr mit D-Mark, sondern mit dem Euro bezahlt. Da etliche Geschäfte und Restaurants die Umstellung zu verdeckten Preiserhöhungen nutzten, war die neue Währung bald unter dem Namen »Teuro« bekannt.

Für Menschen, die in einem tarifgebundenen Metallbetrieb arbeiteten, war die Zeit von 2001 bis 2010 finanziell relativ stabil. Durch die verschlechterten Regelungen zum Arbeitslosengeld und zur Arbeitslosenhilfe wuchs aber auch bei den Stammebelegschaften die Angst um die Konsequenzen bei einem Verlust des Arbeitsplatzes. Qualifizierte Facharbeiter mussten damit rechnen, nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld auf das Sozialhilfeniveau (»Hartz IV«) abzusinken. Durch die massive Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie der Weigerung vieler Unternehmer im Dienstleistungsbereich, Tarifverträge anzuerkennen, rutschten viele Beschäftigte in den sogenannten Niedriglohnbereich. Für die Tarifbeschäftigten war der ausgeweitete Niedriglohnbereich eine große Bedrohung. In der Leiharbeit gab es noch keine Tarifverträge; Stundenlöhne unter sechs Euro waren dort üblich. In vielen Betrieben der Metallindustrie nahm die Leiharbeit zu und Unternehmensteile, die nicht zum »Kerngeschäft« gehörten, wurden vermehrt ausgegliedert, um Lohnkosten zu senken.

2001 erklärte der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit als erster Spitzenpolitiker, dass er schwul sei. Das war damals eine Sensation und völlig ungewöhnlich. Denn schwule und lesbische Menschen wurden diskriminiert. In der Zeit von 2001 bis 2010 stieg die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten der Menschen.

Durch Internet und Smartphones entstand der nächste Digitalisierungsschub. Nachdem Apple 2007 das iPhone vorgestellt hatte, setzte innerhalb weniger Jahre die Verbreitung der Smartphones ein. Es wurde Standard, dass Menschen zu Hause einen PC mit Internetanschluss und E-Mail-Adresse sowie zusätzlich ein Smartphone hatten. Es wurde üblich, Dinge im Internet zu kaufen, Bankgeschäfte online abzuwickeln und per E-Mail zu kommunizieren. Die Informationssuche über Google wurde zum Standard. Das Kommunikationsverhalten veränderte sich nicht nur für jungen Menschen: Über SMS und Messenger-Dienste wie WhatsApp oder »sozialen Medien« wie Facebook und Instagramm.

Im kulturellen Bereich führte die Verfilmung der »Harry-Potter-Romanen« zu einem erneuten Boom. Im Privatfernsehen hielten neue Formate der seichten Unterhaltung Einzug: »Deutschland sucht den Superstar«, »Dschungelcamp« und »Bauer sucht Frau«. Ein »Steuersong« von Elmar Brandt machte 2002 Stimmung gegen die Schröder-Regierung und im Jahr 2007 schenkte DJ Ötzi seiner Liebsten »Einen Stern, der deinen Namen trägt«. Amy Winehouse war mit »Rehab« genauso populär wie Lady Gaga mit »Poker Face«. 2010 gab es

dann für Hannover einen Knaller: Die Hannoveranerin Lena Meyer-Landruth gewann mit dem Song »Satellite« in Oslo den europäischen Song Contest.

Für die Fußball-Fans war die Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland der Höhepunkt. Während des »Sommermärchens« montierten viele Menschen Deutschlandfahnen an ihre Autos und trugen Trikots der deutschen Nationalmannschaft. Die euphorische öffentliche Stimmung konnte auch durch das verlorene Halbfinale gegen Italien (0:2) nicht getrübt werden.

Politische Situation

Die rot-grüne Bundesregierung setzte in ihrer Anfangsphase 1999 mehrere Forderungen der Gewerkschaften um: die gesetzliche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine Absenkung der Freistellungsgrenze eines Betriebsratsmitgliedes auf Betriebe ab 200 Beschäftigten und eine Verbesserung des Kündigungsschutzes. Breite Zustimmung fand Gerhard Schröder im Jahr 2003, als er eine deutsche Beteiligung am zweiten Irakkrieg der USA konsequent ablehnte. Dies war umso bemerkenswerter, als sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel ausdrücklich für eine deutsche Beteiligung an der Invasion im Irak ausgesprochen hatte. Am 15. Februar 2003 demonstrierten weltweit Millionen Menschen gegen den bevorstehenden Irak-Krieg der USA, allein in Berlin über 500.000.

Schon 1998 zeichneten sich erste Konflikte in der Rentenpolitik ab. Zu einer generellen Umgestaltung des Sozialstaats und der Arbeitsmarktpolitik beauftragte Gerhard Schröder eine Kommission unter Leitung des VW-Managers Peter Hartz. Im August 2002 legte die »Hartz-Kommission« ihren Bericht vor, in dessen Folge mehrere »Hartz-Gesetze« beschlossen wurden. Anfang 2003 traten die Gesetze »Hartz I und II« in Kraft, die für Arbeitslose verschärfte Zumutbarkeitsregelungen und eine Ausweitung der Sperrzeiten zur Folge hatte. Während bisher der Einsatz von Leiharbeitern für maximal 24 Monate zulässig war, fiel diese Begrenzung. Leiharbeiter konnten unbefristet in einem Betrieb beschäftigt werden, was zu einer deutlichen Zunahme der Leiharbeit führte.

2003 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die »Agenda 2010«, was zu heftigen Konflikten mit den Gewerkschaften führte. Die hohe Arbeitslosigkeit sollte weiter mit neoliberalen Konzepten bekämpft werden. Insbesondere die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sowie die Aufweichung von gesetzlichen Schutzregelungen bei der Leiharbeit führten zu massiven Protesten. Die neuen Gesetze wurden unter »Hartz IV« bekannt und führten nicht nur in Ostdeutschland zu neuen Montagsdemonstrationen. Die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe waren harte Einschnitte. Viele Beschäftigte befürchteten, nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeniveau abzusinken.

Bei der Anwendung von Leiharbeit ging es den Unternehmern nicht mehr um die Abdeckung von Auftragsspitzen, sondern um die Ersetzung der Stammbesetzung durch Leiharbeiter. Die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten stieg von 1995 von ca. 100.000 auf knapp 800.000 im Jahr 2010. Diese Entwicklung führte zu einem wachsenden Niedriglohnsektor. Dies war von der Bundesregierung politisch gewollt, was Gerhard Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar 2005 ausdrücklich bestätigte.: »Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten

Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«¹ In den folgenden Jahren fanden zahlreiche Demonstrationen gegen die Agenda-Politik der rot-grünen Bundesregierung statt. Am 24. Mai 2003 demonstrierten 10.000 Teilnehmende in Hannover. Hauptredner waren der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und Hartmut Meine.

Am 1. November 2003 kamen in Berlin über 100.000 Demonstranten zusammen. Am 3. April 2004 zeigten bei Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart über 500.000 Menschen Flagge gegen die Agenda-Politik.

Ebenfalls 2003 hielt die CDU ihren »neoliberalen Parteitag« in Leipzig ab. Dort wurde u.a. eine Aufweichung der Flächentarifverträge und eine radikale Umgestaltung der Finanzierung der Krankenversicherung gefordert. Die prozentuale, hälftige Finanzierung je nach Einkommen sollte durch ein »Kopfpauschale« ersetzt werden. Dies hätte zu einer Entlastung der Spitzenverdiener und zu einer Belastung der Normalverdiener und der Menschen im Niedriglohnbereich geführt.

EU-Ost-Erweiterung

Im Jahr 2004 wurde die Europäische Union um die osteuropäischen Staaten erweitert, 2007 auch um Rumänien und Bulgarien. Dies ermöglichte den Unternehmen noch mehr als bisher, Produktionen nach Osteuropa zu verlagern. Die wenige Jahre später einsetzende Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt hatte insbesondere im Niedriglohnbereich einen Zustrom von osteuropäischen Beschäftigten zur Folge.

Rente mit 67

Als 2005 die große Koalition von CDU und SPD unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die neue Bundesregierung stellte, wurde es für die Beschäftigten und die Gewerkschaften nicht besser. Im Gegenteil: Als der sozialdemokratische Arbeitsminister und Vize-Kanzler, Franz Müntefering, die »Rente mit 67« verkündete, führte dies erneut zu Protesten und Demonstrationen der Gewerkschaften und der Belegschaften in den Betrieben.

Viele Beschäftigten sahen, dass die Belastungen an ihren Arbeitsplätzen so hoch waren, dass sie dort nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten konnten. Die einzige Möglichkeit, dem zu entkommen, ist ein vorgezogener Renteneintritt mit 63 Jahren, allerdings mit Rentenabschläge von 14,4%. Dies wiederum würde für viele Menschen Altersarmut bedeuten. Viele Beschäftigten sahen sich mit einer prekären Lebenssituation im Alter konfrontiert und vermissten den Respekt für ihre Lebensleistung. Die Proteste erreichten ihren Höhepunkt bei mehreren bundesweiten Demonstrationen: am 21. Oktober 2006 demonstrierten insgesamt 220.000 Menschen gegen die »Rente mit 67« in Berlin, Dortmund, München, Frankfurt und Stuttgart. Am 16. Mai 2009 kamen in Berlin über 100.000 Teilnehmende im Rahmen einer europaweiten Aktion zusammen. In Hannover demonstrierten 15.000 am 6. November 2010 unter dem Motto: »Druck machen: Für gerechte Politik – gegen soziale Kälte«.

Ende der geförderten Altersteilzeit

¹ Bundesregierung, Bulletin; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-2000-bis-2009/rede-von-bundeskanzler-gerhard-schroeder-792094>

Parallel zur Einführung der Rente mit 67 entwickelte sich in den Jahren ab 2007 ein Konflikt um die geförderte Altersteilzeit. Auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes war es der IG Metall gelungen, akzeptable Tarifverträge zur Altersteilzeit abzuschließen. Die von der Arbeitsverwaltung finanziell geförderte Regelung war bis 2009 befristet. Bereits 2007 war absehbar, dass CDU und SPD die Förderung nicht fortsetzen werden. Die IG Metall war bereit, gegen die Rente mit 67 und für die geförderte Altersteilzeit zu streiten. Das Motto lautete: »Für jung – für alt – für Alle«. Für die Metallindustrie gelang 2010 eine Anschlussregelung: den »Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente (TV FlexÜ)«. Er bildet bis heute die Grundlage für zahlreiche Altersteilzeitregelungen in den Betrieben der Metallindustrie.

Nach den Entscheidungen für die Rente mit 67 und gegen die geförderte Altersteilzeit war das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Die Situation erinnerte an das zerrüttete Verhältnis in den Jahren 1981/82. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die jahrelang SPD-Mitglied gewesen waren, traten aus der Partei aus. Vor diesem Hintergrund ist auch die Gründung WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) im Jahr 2005 zu sehen. An der Gründung waren mehrere hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre der IG Metall und ver.di, mehrheitlich aus Süddeutschland, beteiligt. 2007 fusionierte die WASG mit der PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) zur Partei »Die Linke«, die dann 2009 in den Bundestag einzog.

Kampagne der IG Metall zur Leiharbeit

2008 begann die IG Metall bundesweit eine Kampagne zur Leiharbeit. Dabei ging es darum, die Ausweitung der Leiharbeit anzuprangern und die Vorteile der unbefristeten Beschäftigung zu betonen. Allerdings musste sich die IG Metall der Realität stellen, dass mehrere Hunderttausend Leiharbeitsbeschäftigte bereits in den Betrieben arbeiteten. Deshalb gingen Betriebsräte und Vertrauensleute im ersten Schritt der Kampagne gezielt auf die Leiharbeitsbeschäftigten zu, warben sie als Mitglied für die IG Metall und setzten gemeinsam mit ihnen Verbesserungen durch. Dies geschah in etlichen Betrieben durch Betriebsvereinbarungen.

In Niedersachsen kam es 2003 zu einem Machtwechsel. Die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Sigmar Gabriel wurde abgewählt. CDU und FDP bildeten die neue Landesregierung, Ministerpräsident wurde Christian Wulf. Ihm gingen die Vorschläge der »Agenda 2010« nicht weit genug, und er forcierte zunächst einen Konfrontationskurs gegen die Gewerkschaften. Am 11. Juli 2003 brachte Wulf einen Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, nachdem es durch Betriebsvereinbarung möglich sein sollte, nach unten vom Flächentarifvertrag abzuweichen. Dies führte zu heftigen Konflikten mit den niedersächsischen Gewerkschaften.² Wulf nahm insbesondere den Einfluss der Betriebsräte und der IG Metall bei Volkswagen in den Focus. Die Affäre um mehrere Betriebsratsvorsitzende nahm er zum Anlass für Attacken gegen die Gewerkschaften. Im Laufe der Zeit wandelte sich Wulf allerdings und hat am Ende seiner Amtszeit mit der IG Metall und den anderen Gewerkschaften konstruktiv zusammengearbeitet. Gleiches gilt für David McAllister, der nach der Wahl von Christian Wulf zum Bundespräsidenten im Jahre 2010 dessen Nachfolger wurde.

² IG Metall, Metallzeitung, Heft 7-8/2003, Bezirksseite des Bezirks Hannover

In der Stadt Hannover kam es 2006 zu einem politischen Personalwechsel. Nach 34 Jahren im Amt schied der Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg aus Altersgründen aus. Ihm folgte als neuer Oberbürgermeister Stephan Weil, der spätere Ministerpräsident von Niedersachsen.

Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009

Die große Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 stellte die Politik, die Gewerkschaften und die Betriebsräte vor große Herausforderungen. Im Januar 2009 vereinbarten die Bundesregierung, die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften einen »Pakt für Beschäftigung und Stabilität«, in dem u.a. eine erweiterte Kurzarbeitsregelung sowie eine Abwrackprämie für Altfahrzeuge vorgesehen war, sofern ein neues Fahrzeug gekauft wurde. Mit diesen Maßnahmen und mit tariflichen Regelungen gelang es, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise deutlich zu begrenzen. Anders als in anderen Ländern kam es in Deutschland nicht zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg allerdings massiv. Waren im Jahr 2008 ca. 100.000 Kurzarbeiter gemeldet, waren es im Jahr 2009 ca. 1,1 Millionen. Die Kurzarbeit reduzierte sich bis 2011 in etwa auf den Vorkrisenstand.

Die große Finanz- und Wirtschaftskrise führte in der öffentlichen Debatte zu einer kritischen Einstellung gegenüber einem finanzmarkt-orientierten Kapitalismus und dem Neoliberalismus. Erst ab 2010 begann in den Gewerkschaften eine Debatte über Alternativen zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Dazu wurden Konzepte für eine Wirtschaftsdemokratie debattiert.³ Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 2011 wurden mehrere Anträge zur Wirtschaftsdemokratie verabschiedet,⁴ von denen einer von der IG Metall Hannover gestellt wurde.⁵

Spätestens nach der konstruktiven Rolle der Gewerkschaften bei der Bewältigung der Krise nahmen die Angriffe gegen die Gewerkschaften sowie gegen gesetzliche und tarifliche Regelungen deutlich ab. Dies gilt für Politiker aller Parteien, die Mehrheit der Unternehmervertreter, die Wissenschaft und die Wirtschaftspresse. Dies wird deutlich an der Debatte um die Bedeutung des Flächentarifvertrages.

Krise und Comeback des Flächentarifvertrages in der Metallindustrie

Die jahrelange Kampagne der Politik, der Wirtschaftspresse und von Teilen der Arbeitgeberverbände gegen die Flächentarifverträge wurde nach dem Jahr 2000 zunächst fortgesetzt, seit Mitte der 2000er Jahre wurden sie positiver eingeschätzt. Noch 2003 drohte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Vorstellung der »Agenda 2010« ausdrücklich mit gesetzlichen Regelungen zur betrieblichen Abweichung von Flächentarifverträgen, sofern die Tarifvertragsparteien keine eigenständigen Regelungen dazu vereinbarten. Der

³ Meine, Hartmut/Stoffregen, Uwe (2010): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Auf dem Weg zu einer Alternative zum Finanzmarktkapitalismus; in: Sozialismus, Heft 7-8, 2010, S.40-47; Meine, Hartmut/Schumann, Michael/ Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen, VSA: Verlag Hamburg

⁴ IG Metall Gewerkschaftstag 2011: Anträge an den Gewerkschaftstag: A 1.001; A 2. 003; A2.005

⁵ IG Metall Gewerkschaftstag 2011: Antrag A 2.007

abschließende Höhepunkt der Angriffe gegen den Flächentarifvertrag war im Jahr 2003 die Aussage des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski. Er erklärte wörtlich: »Man müsste Lagerfeuer machen und erstmal die ganzen Flächentarifverträge verbrennen und das Betriebsverfassungsgesetz dazu und dann das Ganze schlank neugestalten.«⁶

2003 wurden in der Metallindustrie neue Entgelt-Rahmentarifverträge für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem abgeschlossen (siehe S. XXX), die in allen Betrieben umgesetzt wurden. Es wurde allgemein anerkannt, dass die Tarifvertragsparteien zu einem solchen Kraftakt in der Lage waren. 2004 vereinbarten die IG Metall und die Arbeitgeberverbände das »Pforzheimer Abkommen«, das Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ermöglichte, für eine befristete Zeit betriebliche Ergänzungstarifverträge zu beantragen. Diese Ergänzungstarifverträge umfassten in der Regel einen begrenzten Verzicht auf tarifliche Leistungen, z.B. die Hälfte des Weihnachtsgeldes. Im Gegenzug musste das Unternehmen für die Laufzeit des Vertrages betriebsbedingte Kündigungen ausschließen. Damit war ein Gegenmodell vereinbart gegen die »betrieblichen Bündnisse für Arbeit«, bei denen die Abweichungen vom Unternehmen und den Betriebsräten vereinbart werden sollten. Dies wurde insbesondere von den Betriebsräten abgelehnt, da sie so unter massiven Druck gekommen wären.

Der Abschluss der Entgelt-Rahmentarifverträge und das »Pforzheimer Abkommen« stabilisierten den Flächentarifvertrag in der Metallindustrie. In der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde neben der erweiterten Regelung zur Kurzarbeit auch die Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung durch eine verkürzte Arbeitszeit erfolgreich eingesetzt. In anderen Branchen wie z.B. im Einzelhandel, der Gastronomie und der Logistik standen die Flächentarifverträge weiter unter Druck. Insbesondere der hohe Organisationsgrad der IG Metall und der langanhaltende Widerstand gegen die Aufweichung der Tarifverträge waren dafür verantwortlich, dass die Angriffe auf den Flächentarifvertrag in der Metallindustrie abnahmen.

Spätestens nach der erfolgreichen Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm der Stellenwert der Gewerkschaften und der Flächentarifverträge – zumindest in der Metallindustrie – wieder deutlich zu. Viele Politiker der CDU lobten Ende der 2000er Jahre plötzlich die Flächentarifverträge, die sie wenige Jahre zuvor noch heftig kritisiert hatten. Bei der Debatte über einen gesetzlichen Mindestlohn führten auf einmal sogar Politiker der CDU und sogar der FDP die Vorteile von Tarifverträgen ins Feld.

Situation in den Betrieben

Prekäre Beschäftigung nimmt zu!

Ab Anfang der 2000er Jahre nahm die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten drastisch zu, da die rot-grüne Bundesregierung die Grenze für eine maximale Entleihdauer gekappt hatte. Tarifverträge im Leiharbeitsbereich wurden spät abgeschlossen und orientierten sich am Niedriglohnbereich in der Gastronomie und der Logistik. Durch den Einsatz von Leiharbeitern konnten die Unternehmer die tariflichen Entgelte unterlaufen, Personalkosten sparen und

⁶ Spiegel Online 11. März 2003

ihre Gewinne erhöhen. In der Spitze waren beispielsweise bei Volkswagen in Stöcken fast 1.000 und bei Wabco 250 Leiharbeiter beschäftigt (Stand: 30. Juni 2008).

Bei Wabco wurden die ersten Leiharbeitsbeschäftigten im Jahr 2006 eingesetzt. 2007 wurden 150 befristet Beschäftigte in ein Leiharbeitsverhältnis übernommen. 2008 waren 250 Leiharbeitsbeschäftigte bei Wabco eingesetzt – die entspricht 25% der Belegschaft in der Produktion und 10% der Gesamtbelegschaft. Dies war die maximal mögliche Zahl, die in einer Betriebsvereinbarung geregelt wurde. In der Betriebsvereinbarung wurde der Grundsatz »Gleicher Lohn – für gleiche Arbeit« für den Monatsverdienst durchgesetzt; Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden nicht gezahlt. Damit lag das Monatsentgelt deutlich oberhalb der niedrigen Entgelte in den Tarifverträgen für die Leiharbeitsbranche. Im Gegenzug stimmte der Betriebsrat einer maximalen Entleihdauer von 48 Monaten zu. Der damalige Betriebsratsvorsitzende Michael Zyla fasst zusammen: »Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Bei uns gilt ›equal pay‹. Statt 7,38 gibt es jetzt 17,38 Euro die Stunde. Das sind rund 800 Euro mehr im Monat.«⁷ Der damalige VK-Leiter Jens Schäfer berichtet, dass es nach dem Abschluss der Betriebsvereinbarung leichter war, die Leiharbeitsbeschäftigten als Mitglieder der IG Metall zu werben. 80% bis 90% wurden Mitglied.⁸ Erst in der Zeit nach 2010 konnte die IG Metall Tarifverträge mit Branchenzuschlägen für die Leiharbeitsbeschäftigten durchsetzen.

Ebenfalls seit Beginn der 2000er Jahre nahm der Trend zur Ausgliederung von Unternehmensbereichen stark zu, die angeblich nicht zum »Kerngeschäft« gehörten. War es in den 1980er Jahren lediglich üblich, dass die Reinigungskräfte bei Fremdfirmen beschäftigt waren, wurde bereits in den 1990er Jahre damit begonnen, Kantinen und den Werkschutz auszugliedern. In den 2000er Jahren wurden weitere Bereiche ausgegliedert, insbesondere im Bereich Logistik, da dort Tarifverträge mit deutlich niedrigeren Entgelten als in der Metallindustrie existierten.

Die Entwicklung zu mehr befristet Beschäftigten, mehr Leiharbeit und mehr Ausgliederungen führte in vielen Hannoveraner Betrieben dazu, dass es auf einem Betriebsgelände unterschiedliche Beschäftigtengruppen gab: Unbefristet Beschäftigte im Stammbetrieb, befristet Beschäftigte im Stammbetrieb, Leiharbeitsbeschäftigte und Beschäftigte bei externen Dienstleistern auf dem Werksgelände, z.B. Kantine, Werkschutz, Logistik u.a. Diese Unterteilung der Beschäftigten erschwerte die gewerkschaftliche Interessenvertretung deutlich.

In zahlreichen Hannoveraner Betrieben gab es in der Zeit von 2001 bis 2010 gravierende Veränderungen.

Fa. Nexans, früher kabelmetal bzw. Hackethal, Teil 3

Auf S. XXX ist die Situation des Unternehmens nach 1945 beschrieben und auf S. XXX die Ereignisse der 1990er Jahre.

Im Oktober 2000 wurde die Energiekabelsparte aus dem Alcatel-Konzern im Wege eines Börsengangs rechtlich ein eigenständiger Konzern: Nexans. Auch nach der Trennung vom Alcatel-Konzern kehrte für die Beschäftigten keine Ruhe ein. Von Jahr zu Jahr erhöhte das

⁷ Zeitzeugengespräch mit Michael Zyla

⁸ Telefongespräch mit Jens Schäfer am 15.1.2021

Management den Druck auf die Belegschaften und die Betriebsratsgremien. Getreu den neoliberalen Denkansätzen war Ziel der Geschäftsführung, tarifvertragliche Mindestbedingungen durch betriebliche »Bündnisse für Arbeit« zu unterlaufen. Derartige Vorstöße wurden in allen Werken gemacht – in Hannover und in drei weiteren Standorten. Nach dem die Betriebsrats-Gremien mehrheitlich diese Manöver mit Verweis auf die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien verweigerten, verhandelte die Geschäftsführung von Nexans im Frühsommer 2005 mit der »Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM)« einen Haustarifvertrag, der sowohl niedrigere Entgelte als auch längere Arbeitszeiten vorsah. Das Vorgehen war auch deshalb skandalös, da die CGM im Werk Hannover nicht ein einziges Mitglied hatte. Als bei der Bundestagswahl 2005 eine CDU-FDP-Koalition verhindert werden konnte, wurde am darauffolgenden Tag dieser Haustarifvertrag unterschrieben und Mitte Oktober dem Aufsichtsrat von Nexans als Lösungsansatz zur Kosteneinsparung präsentiert.

Zeitgleich unterrichteten die jeweiligen Werkleiter die Belegschaften und kündigten die Inkraftsetzung zum 1. November 2005 an. In den folgenden Tagen wurden die Betriebsratsgremien aufgefordert, mit den örtlichen Verantwortlichen Eingruppierungs- und Arbeitszeitverhandlungen auf Basis dieses Haustarifvertrages zu führen. Nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden höchstrichterlichen Rechtsprechung galt bei zwei gültigen konkurrierenden Tarifverträgen: Haustarifvertrag geht vor Flächentarifvertrag.

Daraufhin starteten breit angelegte Protestaktionen der Belegschaften. Am 12. Oktober verkündete das Management die Kahlschlags-Aktion. Nur zwei Tage später begannen die Protestaktionen in den vier deutschen Werken von Nexans: Hannover, Mönchengladbach, Nürnberg und Vacha (Thüringen). Der Betriebsratsvorsitzende von Nexans in Hannover, Rolf Homeyer sagte: »Dieser Konflikt wird nicht vor Gerichten ausgetragen, dieser Konflikt wird auf der Straße gelöst!«

In Hannover startete am Samstag, den 5. November 2005, eine Mahnwache vor dem Tor, die rund um die Uhr bis Dienstagmittag aushielt und an der sich 40 Kolleginnen und Kollegen beteiligten. Am folgenden Montag, den 7. November 2005, rollten vor dem Firmensitz in Hannover Busse aus den anderen Werken an: Rund 1.000 Beschäftigte empfingen den schwarzen VW-T5-Bus mit den Top-Managern aus Paris. Rolf Homeyer: »Der Zorn der Beschäftigten war so groß, dass wir vom Podium steigen und dem Wagen eine Gasse bilden mussten.« In Hannover und den anderen Werken kam es an diesem Tag zu einer ganztägigen Arbeitsniederlegung. Nach diesen Protestaktionen musste die Unternehmensleitung nach der Aufsichtsratssitzung den Tarifvertrag der CGM »für nicht anwendbar« erklären. Die Proteste der Belegschaft hatten die Anwendung des Flächentarifvertrages gesichert.

2019 kam die brutale Meldung: Der französische Nexans Konzern schließt das Werk im Nord von Hannover am Kabelkamp. Damit verloren nicht nur 400 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, sondern der Konzern vernichtete einen der traditionsreichsten Metallbetriebe in Hannover.

Rolf Homeyer⁹

* 13. Februar 1952

Betriebsratsvorsitzender von kabelmetal bzw. Nexans

⁹ Zeitzeugengespräch mit Rolf Homeyer

Rolf Dieter Homeyer begann nach der Schulausbildung 1968 eine Ausbildung als Chemielaborant bei kabelmetal in Hannover. Zunächst trat er nicht in die IG Metall ein, engagierte sich aber in verschiedenen linken Gruppen.

Im Vorfeld der Jugendsprecherwahlen 1971 nahm Rolf im Haus der Jugend an Jugendgruppensitzungen teil und trat im Oktober 1970 der IG Metall bei. Rolf dazu: »Alfred Klose, damals der neue Jugendsekretär, überzeugte mich Mitglied der IG Metall zu werden.«

Im April 1971 wurde Rolf in die Jugendvertretung gewählt, und kurze Zeit später deren Vorsitzender. Damit öffnete sich die Tür für den Ortsjugendausschuss der IG Metall. Der damalige Vorsitzende des OJA war Werner Dziony. Rolf wurde sein Stellvertreter und mit diesem Mandat auch 1972 Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall Hannover. Im Betrieb und in der IG Metall wurde er schon damals »Rolli« genannt.

Als Jugendvertreter engagierte er sich erfolgreich gegen ausbildungsfremde Arbeiten nach der Berufsbildungsreform 1969. Rolf war bis 1974 Jugendvertreter und Gesamtjugendvertreter, baute so seine Kontakte zu den anderen Standorten aus. Danach war er ein Jahr in der Vertrauenskörperleitung aktiv und engagierte sich darin, die Bildungsarbeit voranzubringen. Gleichzeitig versuchte er aktivere Kolleginnen und Kollegen für die Interessenvertretungsarbeit zu gewinnen. Zu fünft wollen sie zur Betriebsratswahl 1975 kandidieren, mussten aber erleben, dass zwei Mitbewerber schon vor Abgabe der Liste auf der Kündigungsliste standen. Rolf wurde in Abwesenheit gewählt, denn er musste zunächst erst mal 15 Monate zur Bundeswehr. Zurück bei kabelmetal setzte er 1976 seine Schwerpunkte im Betriebsrat bei der Jugendarbeit und bei der Bildung. Er arbeitete im Referentenarbeitskreis der IG Metall mit, um so im Betrieb zur Aktivierung neuer, aktiverer Kolleginnen und Kollegen zu gelangen. Rolf dazu: »Als ich im Werk anfang, hatten wir im Betrieb einen Organisationsgrad von 30%. Den haben wir bis Anfang der 1980er Jahre auf immerhin 50% hochgebracht.«

Neue Probleme ergaben sich ab der Betriebsratswahl 1978 mit der Gruppierung »Unabhängige Kabelmetaller«. Rolf dazu: »Da hatten wir eine sehr starke Gegenbewegung, besonders bei den Angestellten. Die haben es bei der 1981er Wahl tatsächlich geschafft, von acht Angestelltenmandaten fünf zu erringen. Und wir drei IG Metaller waren faktisch ausgebremst und wurden bei den Ausschussbesetzungen ausgekegelt. Die neue Gruppierung rekrutierte sich vor allem aus AT-Angestellten und ehemaligen leitenden Führungskräfte. Sie versuchten die gewerkschaftliche Arbeit der IG Metaller zu sabotieren, zumindest aber zu stören. Unterstützung bekamen sie auch von den Führungskräften bei kabelmetal. Die IG Metall hatte 1979 anlässlich der VL-Wahlen die Kampagne gestartet ›Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht‹. Das war für die konservativen Metallarbeitgeber eine Kampfansage. Da gehörten die kabelmetal Führungskräfte natürlich mit dazu. Von 1981 bis 1994 haben wir dann den »Unabhängigen« Mandat für Mandat abgenommen. Wir haben uns ab 1984 nicht mehr auf ihre Auseinandersetzungen eingelassen und strikt unsere Betriebsratsarbeit gemacht. Da sie wenig Erfolge vorzuweisen hatten, konnten wir das gegen sie benutzen.«

2010 wechselte Rolf in die passive Phase der Altersteilzeit und ging 2013 in Rente. Er engagierte sich weiter in der IG Metall in der Bildungsarbeit, der Delegiertenversammlung und in der Gruppe »Altmetall«. Er arbeitet ehrenamtlich als Rentenberater der IG Metall und berät er in Absprache mit der IG Metall-Geschäftsstelle einzelne Betriebsratsgremien.

Wer heute von Hannover-Linden die Fössestraße stadtauswärts fährt, sieht gleich nach der Unterführung unter dem Westschnellweg auf der rechten Seite große Fabrikgebäude mit den Logo von ZF – der Zahnrad-Fabrik Friedrichshafen. Die Hannoveranerinnen und Hannoveraner kennen den Betrieb eher unter dem Namen Wabco und die Älteren unter dem Namen Westinghouse.

ZF-Wabco, ehemals Westinghouse

Heute sind im Betrieb über 2.500 Menschen beschäftigt, die Bremssysteme für LKWs entwickeln und produzieren. Der Betrieb in Hannover hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Der amerikanische Ingenieur, Erfinder und Großindustrielle, George Westinghouse, gründete 1884 in Hannover eine Vertriebsniederlassung der Westinghouse Brake Company aus Pittsburgh. Nach einer wechselvollen Geschichte wurden die Gebäude und Produktionsanlagen während des Zweiten Weltkriegs völlig zerstört. Schon 1945 erfolgt die Wiederaufnahme der Produktion. 1946 arbeiten wieder 110 Beschäftigte. In diesem Jahr wurde erstmals ein Betriebsrat gewählt und am 8. Januar 1947 konnte eine Betriebsvereinbarung zur Mitbestimmung des Betriebsrates durchgesetzt werden. Daran erinnerte der Betriebsrat 2017 mit einer Broschüre.¹⁰

1955 wurde das Gebäude am Goetheplatz aufgegeben, da es für eine Expansion zu klein war, und der Betrieb zog nach Linden um. Bald arbeiteten dort fast 1.500 Beschäftigte. 1973 erfolgte die Umfirmierung in WABCO Westinghouse GmbH. 1979 wurde der Pneumatik Bereich im Werk Wabco 2 am Bartweg in Linden als Wabco Steuerungstechnik GmbH & Co KG ausgegliedert. Im verbleibenden Teil, der ausschließlich für den Automotive-Sektor produzierte, arbeiteten 1.900 Beschäftigte. 1981 wurde das ABS-System für LKWs und Busse vorgestellt. 2007 arbeiteten 2.650 Beschäftigte bei Wabco, die größtenteils Bremssysteme für LKWs entwickeln und herstellen. In der großen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 beabsichtigte die Konzernleitung in Brüssel, Entlassungen durchzusetzen. Nach Gegenwehr des Betriebsrates und der IG Metall konnte ein Teil der Entlassungen rückgängig gemacht werden (siehe hierzu auch folgende Portrait des damaligen Betriebsratsvorsitzenden Michael Zyla).

2017 kam es zu einer wichtigen Investitionsentscheidung, die für die Zukunft des Standortes entscheidend war: Es wurde ein neues Entwicklungszentrum für mehrere hundert Ingenieure eingeweiht. Der Anteil der Ingenieure an der Belegschaft nahm kontinuierlich zu. Michael Zyla fasst das wie folgt zusammen: »Mit der Markteinführung Mitte der 1980er Jahre des ABS für LKW und Busse hat sich WABCO bis heute zu einem der beiden weltweiten Haupthersteller für elektro-pneumatische Brems- und Regelsysteme entwickelt. 1974 waren von den 1.600 Beschäftigten 1.000 in der Produktion und 600 in der Entwicklung und Verwaltung beschäftigt. 2016 kam es zu einem Gleichstand: 1.200 Beschäftigten in der Produktion standen 1.200 Beschäftigte in der Entwicklung und Verwaltung gegenüber.«

2019 wird WABCO an den ZF-Konzern aus Friedrichshafen verkauft. Diese Entscheidung wird vom Betriebsrat und der IG Metall ausdrücklich begrüßt. Seit 2020 firmiert der Betrieb unter »ZF-Wabco«, wobei der Markenname Wabco für die Bremssysteme erhalten bleibt.

¹⁰ Betriebsrat der Firma Wabco (2017): »70-jähriges Jubiläum des Betriebsrates bei der Wabco in Hannover – Interne Information für Mitarbeiter«, Hannover

In der Broschüre des Betriebsrates sind die Namen der Betriebsratsvorsitzenden von 1946 bis heute dokumentiert: Otto Hamel, Kurt Jansen, Horst Wecke, Michael Plath, Michael Zyla und Jens Schäfer.

Michael Zyla¹¹

* 20. Dezember 1954 in Hannover

Michael Zyla wurde als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Der Vater war Tiefbauarbeiter, und die Mutter tütete am Fließband bei Bahlsen Kekse ein. Während seiner Lehre zum Tiefdrucker bei der Fa. Ostermann in Laatzen wurde Michael Gewerkschaftsmitglied – bei der IG Druck und Papier. Bald wurde er zum stellvertretenden Jugendvertreter gewählt. Als die Firma in Konkurs geht, konnte Michael seine Ausbildung mit einer Sondergenehmigung nach zwei Jahren erfolgreich beenden. Nach einer kurzen Zeit der Arbeitslosigkeit fing Michael 1974 bei der Firma Westinghouse in Hannover-Linden als angelernter Montagehelfer im Akkordlohn an. Er tritt in die IG Metall über. Von 1976 bis 1978 machte er berufsbegleitend eine Lehre zum Maschinenschlosser, die er erfolgreich abschloss.

1976 wurde er in die Jugendvertretung gewählt. Michael kandidierte 1978 zum Betriebsrat und rückte 1980 mit 25 Jahren als Betriebsratsmitglied nach. Neben seiner Betriebsratsarbeit hatte er in den kommenden Jahren immer wieder Funktionen in der Vertrauenskörperleitung und in der Tarifkommission der niedersächsischen Metallindustrie wahrgenommen, der er bis 2008 angehörte. Er war seit 1982 Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall Hannover. Dazu Michael: »Ich denke immer mal wieder an die legendäre Vertreterversammlung im Herbst 1983, bei der das Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, anstelle der 35-Stunden-Woche andere Modelle der Arbeitszeitverkürzung favorisierte. Ca. 15 Diskussionsteilnehmer forderten dagegen, dass die IG Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufstellen müsse.«

Michael hatte Zeit seines Lebens immer den Anspruch, neben der gewerkschaftlichen Arbeit auch die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verändern. Politisch war er in der Zeit von 1974 bis 1982 in einer maoistischen K-Gruppe organisiert. Er war Mitglied der »Revolutionären Jugend«, der Jugendorganisation des »Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD)«, dem er auch von 1980 bis 1982 angehörte. Der KABD nannte sich ab 1982 »Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands (MLPD)« und Michael trat in diesem Jahr wegen inhaltlicher Differenzen aus der Partei aus, die ihn nachträglich auch noch ausschloss.

Michael suchte neue Herausforderungen. Als Hauptschüler macht er bei der Bildungsorganisation »Arbeit und Leben« die sogenannte Immaturen-Prüfung und erlangte so das Abitur. Daraufhin studiert er 20 Semester berufsbegleitend an der Universität Hannover. Mit 42 Jahren erwarb er 1997 den Hochschulabschluss »Dipl.-Sozialwissenschaftler«.

¹¹ Zeitzeugengespräch mit Michael Zyla

2006 wurde Michael mit 52 Jahren zum Betriebsratsvorsitzenden und Gesamtbetriebsratsvorsitzenden gewählt. 2008 kam das Aufsichtsratsmandat und 2010 die Wahl in den europäischen Betriebsrat der Firma WABCO dazu.

Während seiner Zeit bei Wabco nahm der Angestelltenanteil an der Belegschaft ständig zu, da Wabco laufend Ingenieure einstellte. Von den zahlreichen Konflikten mit der Geschäftsführung erinnert sich Michael besonders an das Jahr 2009. Nach der großen Wirtschafts- und Finanzkrise waren die Auftragseingänge um 53% eingebrochen, was zunächst mit Kurzarbeit aufgefangen werden konnte. Die Brüsseler Konzernzentrale bestand jedoch auf Entlassungen und forderte einen Interessenausgleich und Sozialplan für 550 Beschäftigte. 75 Beschäftigte aus der Produktion sollten sofort entlassen werden. Michael erinnert sich: »Wir haben dann Protestaktionen mit der IG Metall organisiert und konnten die Zahl auf 55 drücken. Im Oktober 2009 in einer Betriebsversammlung haben wir die ersten 55 Stühle symbolisch abgeklebt. Ich habe mich das erste Mal in meinem Leben in einen schwarzen Anzug reingeklemmt und habe mit den Betriebsratskollegen unser Statement zu den Entlassungen abgegeben. Am 19. Oktober 2009 wurden die 55 Entlassungen vollzogen. Es war ein rabenschwarzer Tag für die gesamte Belegschaft. Wenige Monate später erholte sich die Auftragslage entgegen den Prognosen. Die Geschäftsleitung wollte daraufhin Leiharbeiter einstellen. Zu dieser Zeit waren noch 34 Kündigungsschutzklagen der Entlassenen anhängig. Wir konnten erreichen, dass diese Kolleginnen und Kollegen wiedereingestellt wurden. Da war natürlich großer Jubel in der Belegschaft und im Betriebsrat. Aber es hat tiefe Narben hinterlassen.«

Im August 2016 ging Michael in den Ruhestand, berät weiterhin Betriebsräte und arbeitet bei der IG Metall Hannover als Rentenberater.

Komatsu Hanomag

2002 übernahm der japanische Konzerns Komatsu den Hannoveraner Traditionsbetrieb Hanomag (siehe auch die Vorgeschichte auf den Seiten XXX, XXX und XXX). Bei der Komatsu Hanomag AG arbeiteten 630 Beschäftigte,¹² für die ein Anerkennungstarifvertrag mit der IG Metall galt. Im Jahr 2004 tritt Komatsu Hanomag dem Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall bei, so dass für die IG Metall Mitglieder der Flächentarifvertrag unmittelbar gilt.¹³ Im gleichen Jahr wurde die Produktionspalette erweitert und die Baggerproduktion nach Hannover geholt.¹⁴ In der großen Finanz- und Wirtschaftskrise war die Baumaschinenbranche von einem drastischen Umsatzeinbruch betroffen. Dennoch konnten bei Komatsu Hanomag betriebsbedingte Kündigungen verhindert werden. Über mehrere Monate wurde abwechseln Kurzarbeit oder eine abgesenkte Arbeitszeit nach dem Tarifvertrag Beschäftigungssicherung angewendet. Zur Umsetzung der 29-Stunden-Woche erklärte das Betriebsratsmitglied Gerd Stenzel: »Freitags ist frei, Montag bis Donnerstag Kurzarbeit. Doch wir sind heilfroh, dass wir den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung anwenden konnten. Unsere Geschäftsführung will alle an Bord haben, wenn die Konjunktur anzieht.«¹⁵

¹²IG Metall, Metallzeitung, Lokalseite Hannover, Heft 6/2002

¹³ IG Metall, Metallzeitung, Lokalseite Hannover, Heft 7-8/2004

¹⁴ IG Metall, Metallzeitung, Lokalseite Hannover, Heft 11 /2005

¹⁵ IG Metall, Metallzeitung, Bezirksseite Hannover, Heft 8/2009

Heute ist es kaum vorstellbar: In Barsinghausen, 25 km östlich von Hannover, wurde bis Mitte der 1950er Jahre Steinkohle abgebaut. Über 2.000 Bergleute waren dort beschäftigt. 1955 beschloss die Preussag AG, das Bergwerk stillzulegen. Tausenden Bergleuten drohte die Arbeitslosigkeit.

Federal Mogul, früher TRW bzw. Teves¹⁶

Auf der Suche nach Ersatzindustrien gelang es, die Frankfurt Firma »Alfred Teves Maschinen- und Armaturenfabrik KG« dazu zu bewegen, auf dem Zechengelände ein neues Werk der Autozulieferindustrie zu errichten. Bis Anfang 1958 fanden 578 Bergleute bei Teves einen Arbeitsplatz.¹⁷ Der Betrieb wurde kontinuierlich ausgebaut. Ab 1973 hieß er »Teves-Thomson« und wurde 1986 an den amerikanischen Konzern TRW verkauft. 1978 arbeiteten dort ca. 2.000 Beschäftigte. Der langjährige Betriebsratsvorsitzende Willi Gerland erinnert sich: »Die Ausbildung, ja das war ein bedeutender Faktor bei TRW, da gab es keine Debatte. Wir haben Dreher, Fräser, Schleifer, Schlosser, Werkstoffprüfer ausgebildet. Pro Lehrjahr waren das immer sieben Azubis. Das waren im Schnitt insgesamt 25 bis 28 Azubis. Oft hatten wir 50 bis 60 Bewerbungen. In der Ausbildungswerkstatt waren drei Ausbilder. Die Übernahme nach der Ausbildung war praktisch garantiert.«

TRW war immer ein Dreischichtbetrieb. Der gesamte gewerbliche Bereich wurde im Prämienlohnsystem abgerechnet. Betriebsrat und Jugend- und Ausbildungsvertretung haben gut zusammengearbeitet; in den Betriebsabteilungen waren zwischen 30 bis 35 IG Metall-Vertrauensleute aktiv. Ab 1991 kam es zu mehreren Aufspaltungen und Umbenennungen der einzelnen Firmen. 1991 wurden zunächst der Bereich »Zylinderlaufbuchsen« an die amerikanische Firma SPT verkauft. Dort arbeiteten 850 Beschäftigte; Betriebsratsvorsitzender war Heinz Rohrsen. 600 Beschäftigte blieben bei TRW; Betriebsratsvorsitzender wurde Willi Gerland.

Später verkaufte TRW den Betrieb an den amerikanischen Konzern Federal Mogul. Die Firma SPT ging später an die deutsche Firma Mahle und wurde dann wiederum aufgespalten in Bergmann Automotive GmbH und Kolbenring Barsinghausen GmbH. Auch nach weiteren Aufspaltungen des Unternehmens – die Kolbenringfertigung ging an die Fa. Mahle und die Fertigung der Zylinderlaufbuchsen an die Fa. Bergmann – haben die Betriebsräte aller TRW Abspaltungen in Barsinghausen zusammengearbeitet. 2010 drohte das Unternehmen, den Betrieb zu schließen. Es kam zu dramatischen Verhandlungen und schließlich zum Abschluss eines Ergänzungs-Tarifvertrages mit Beschäftigungssicherung. Heute befinden sich auf dem ehemaligen Teves-Gelände in Barsinghausen folgende Firmen: Federal Mogul Powertrain – Global Valvetrain GmbH mit ca. 370 Beschäftigten und die Bergmann Automotive GmbH mit ca. 230 Beschäftigten. Bei Federal Mogul ist Michael Biswanger und bei Bergmann Marc Hülsmann Betriebsratsvorsitzender. 2017 wurde Federal Mogul vom Tenneco Konzern übernommen.

¹⁶ Zeitzeugen Gespräche mit Willi Gerland und Jens Thäder

¹⁷ <https://www.barsinghausen.de/portal/seiten/grossgoltern-903000199-20002.html>

Willi Gerland¹⁸

* 14. Juni 1948 in Kleinhegedorf bei Bad Nenndorf

Betriebsratsvorsitzender Teves bzw. Federal Mogul

Willi Gerland wurde 1948 in Kleinhegedorf geboren, das – darauf legt Willi Wert – zum Bückeburger Land gehört. Nach der Volksschule hat er dann mit 16 Jahren bei der Genossenschaft Lauenau eine Ausbildung als Landmaschinenmechaniker absolviert. Danach musste er erst einmal zur Bundeswehr. 1971 wurde er bei Teves Thomson in Barsinghausen bei Hannover als Maschinenschlosser eingestellt.

1973 wurde Willi Gerland Mitglied der IG Metall und 1978 in den Betriebsrat gewählt. Teves Thomson hatte zu diesem Zeitpunkt ca. 2.000 Beschäftigte – 2/3 Arbeiter, 1/3 Angestellte; es wurden die Herzstücke eines Automotors, Ventile, Triebteile, Kolbenringe und Zylinderlaufbuchsen hergestellt. 1983 wurde Willi der dritte Freigestellte im 19-köpfigen Betriebsrat und 1988 Mitglied der Vertreterversammlung bei der IG Metall.

1991 wird der Betrieb in zwei Teile aufgespalten und verkauft. Willi Gerland wurde Betriebsratsvorsitzender von TRW und von 1991 bis 1998 GBR-Vorsitzender von TRW. In dieser Zeit wurde er Mitglied im Ortsvorstand der IG Metall Hannover, wo er auch viele Jahre Revisor war. Willi erinnert sich: »Ich habe die Zusammenarbeit mit der IGM damals erheblich intensiviert. Die Betreuung durch die IGM war aber auch sehr gut. Das war zu Beginn meiner Betriebsratszeit noch ganz anders. Vor Klaus Soltmann wurden wir von Hans Berkentin betreut und beraten; den Hans, den habe ich bewundert. Der war immer Top informiert und der konnte echt viel erzählen; aber gesagt hat er eigentlich wenig. In Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite war das manchmal Gold wert. Mit Klaus Soltmann war das dann eine tolle Zeit. Wir haben zusammen eine Menge erreicht; z.B. haben wir bei TRW 1998 einen Euro-Betriebsrat »eingestellt«.«

Die wirtschaftliche Situation der Automobilzuliefer-Industrie war viele Jahre eine Achterbahnfahrt. Zwischen Personalanpassungen und Sparkonzepten einerseits und Überstunden und Sonderschichten andererseits gab es zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung jede Menge Zündstoff im Betrieb.

2009 ist Willi Gerland mit 61 Jahren bei TRW ausgeschieden. Nach Kurzarbeit und Altersteilzeit war dann 2013 die Altersrente erreicht. Er lebt heute in Kleinhegedorf, das immer noch zum Bückeburger Land gehört.

Jens Thäder¹⁹

* 20. Juni 1956 in Hamburg

Betriebsratsvorsitzender von Federal Mogul

Jens ist ein »Hamburger Junge«. Er wurde 1956 sozusagen »mittendrin« in Altona zwischen Schanzenviertel und Reeperbahn geboren. Durch eine berufliche Versetzung des Vaters ist die Familie nach Barsinghausen gezogen und dort hat Jens nach der Schule eine Ausbildung

¹⁸ Zeitzeugengespräch mit Willi Gerland

¹⁹ Zeitzeugengespräch mit Jens Thäder

zum Maschinenschlosser bei der Firma Alfred Teves GmbH begonnen. So wurde Jens am 1. Mai 1973 Mitglied der IG Metall. Zu der Zeit wurde aus der Alfred Teves GmbH (ATE GmbH) die Firma Teves – Thomson. Gegen Ende der Lehrzeit war Jens für kurze Zeit in der Jugend- und Ausbildungsvertretung. Der anschließende Zivildienst hat das Mandat beendet. Nach der Rückkehr in den Betrieb wurde Jens als Maschinenschlosser im Rohlingsbereich eingesetzt.

1985/86 wurde Jens Vertrauensmann. 1987 wurde er Vertrauenskörperleiter, und 1989 in den Betriebsrat gewählt. Zu der Zeit wurden über 2.000 Menschen bei TRW beschäftigt, 2/3 Arbeiter, 1/3 Angestellte, überwiegend Männer. Mit der Freistellung als Betriebsratsmitglied im Jahr 2004 gehörte Jens auch bis 2014 dem Europäischen Betriebsrat an und ab 2009 dem Aufsichtsrat der TRW – Holding. 2014 wird er Konzernbetriebsratsvorsitzender. 2015 erfolgt die gerichtliche Bestellung in den Aufsichtsrat des Unternehmens Federal Mogul, das den Betrieb von TRW übernommen hatte. Im gleichen Jahr war die Gründung eines Gesamtbetriebsrates der Unternehmen in Barsinghausen, Beckedorf und Blumenberg.

Die gewerkschaftliche Struktur bzw. der gewerkschaftliche Organisationsgrad von TRW hat sich in den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Betriebsaufspaltungen eher stabilisiert. Die Belegschaften wurden zahlenmäßig zwar weniger, der Organisationsgrad ist aber ständig gestiegen. Jens erinnert sich: »Sehr oft hat die komplette Belegschaft zusammengestanden. Die wussten – ohne Gewerkschaft geht da nix. Ohne starke IG Metall im Rücken können wir nichts gewinnen. Wir hatten auch immer ein positives Standing und große Unterstützung in der Barsinghäuser Bevölkerung. Als ich 2017 aus dem Betrieb gegangen bin, lagen wir bei TRW bei einem Organisationsgrad von 90%«.

2009 wird Jens Betriebsratsvorsitzender – als Nachfolger von Willi Gerland. Er sagt dazu: »Willi hat mich damals auch mit großer Umsicht als seinen Nachfolger aufgebaut; hat Schulungsmaßnahmen für mich organisiert und er hat mich auf alle Anforderungen bestens vorbereitet«. Jens war für viele Jahre Mitglied der Ortsverwaltung, der Tarifkommission und ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht und am Landesarbeitsgericht. Nachdem seine Nachfolge geregelt war, zog sich Jens 2016 aus den meisten Funktionen zurück und hat den Betrieb 2017 über eine eingerichtete Transfergesellschaft und danach über die Bundesagentur für Arbeit in Richtung Altersrente verlassen. Seit dem 1. August 2020 ist Jens Rentner. Sein Wissen und seine Erfahrung sind jetzt eine große Stütze im Arbeitslosenberatungsteam »Metaller helfen Metallern« der IG Metall Hannover. Intensives Einzel-Coaching ist das Erfolgsrezept dieses Konzeptes.

Volkswagen, Werk Hannover, Teil 4

Die 4-Tage-Woche von 1994 hatte dem Unternehmen materielle Entlastung gebracht. Doch der Konkurrenzdruck in der Automobilindustrie suchte sich immer neue Ventile bei den Lohnkosten. So führte die erfolgreiche Lohngleichheits-Klage eines zeitlich befristet eingestellten Studenten aus Kassel zur Einführung von Leiharbeit bei VW.

Das Unternehmen deckte seine temporären Personalbedarfe fortan mit der eigenen Leiharbeitsfirma »WOB AG« ab. In den 2000er Jahren war die Situation der Leiharbeiter beim Betriebsrat und den Vertrauensleuten eines der Top-Themen. In der Spitze waren im Jahr 2008 bei Volkswagen in Hannover fast 1.000 Leiharbeiter beschäftigt.

Leiharbeitsbeschäftigte verdienten bei Volkswagen mit einem Stundenentgelt von 11 Euro

zwar mehr als in anderen Branchen, lagen aber deutlich unterhalb der Entgelte des Haustarifvertrages von Volkswagen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte begannen in dieser Zeit auch damit, die Leiharbeiter als Mitglied der IG Metall zu werben, was im hohen Maße gelang. Neben den Entgeltbedingungen gab es für alle Leiharbeiter eine entscheidende Frage: Werde ich in die Stammebelegschaft übernommen? Dazu gab es ständig Konflikte und Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Werkleitung. Insgesamt konnte die große Mehrheit der Leiharbeiter nach mehreren Monaten bzw. Jahren übernommen werden. Bei denjenigen, für die dies nicht gelang, machte sich Wut und Enttäuschung breit.

Ausgliederungen und Produktentscheidungen im Ausland waren weitere Brennpunktthemen, auf die IG Metall und Betriebsrat Antworten finden mussten. Landesweit in Erinnerung blieb 2001 die Auto 5.000 GmbH, für die Arbeitsdirektor Peter Hartz 5.000 Arbeitslose für 5.000 DM unter ziemlich unregelmäßigen Bedingungen einstellen wollte. Der IG Metall gelang es dank medialen Drucks mit einem Tarifvertrag die »Giftzähne« aus den Vertragsbedingungen zu entfernen. In Wolfsburg wurden 3.500 arbeitslose Menschen eingestellt. Die zugesagten 1.500 Arbeitsplätze für einen hannoverschen Retro-Bus (»Micro Bus«) sollten als Arbeitsplatzkompensation für den Lastentransporter (LT) dienen. Doch das vornehmlich für den amerikanischen Markt konzipierte Projekt scheiterte Jahre später an den Währungsparitäten eines zunehmend starken Euro. 2009 gelang es IG Metall und Betriebsrat, alle Beschäftigten bei Auto 5000 in Wolfsburg in den VW Haustarifvertrag zu überführen.

1998 trat der bisherige Betriebsratsvorsitzende Siegfried Schinowski in den Ruhestand und sein Nachfolger wurde Günter Lenz. Eine Erfolgsgeschichte wurde der Transporter der 5. Generation (T5), der 2003 in den Markt ging.

Seine Verkaufszahlen waren ein Grund dafür, dass es dem Betriebsrat gelang, temporäre Leiharbeiter und befristet Beschäftigte unbefristet zu übernehmen. Der andere Grund war die Abschaffung des Renteneintrittsalters mit 60 Jahren. Vorverträge nach altem Recht, mit den im Werk stark vertretenden Geburtsjahrgängen 1947 bis 1950 gaben jungen Befristeten eine Beschäftigungsperspektive, da die Älteren austeißen konnten.

2004 holten die über die Jahre versäumten Investitionen in die inländischen Werke den Konzern wieder ein. Trotz guter Auslastung und strammer Leistungsvorgaben wurde mit den Produkten immer weniger Geld verdient. In dieser Position gewerkschaftlicher Schwäche forderte Arbeitsdirektor Hartz, die Arbeitskosten um 30% zu senken. Die Beschäftigten wehrten sich mit Warnstreiks und Kundgebungen. Höhepunkt war ein zehn Kilometer langer Autokorso mit 1.400 Fahrzeugen zum Verhandlungslokal am Kronsberg, der Hannovers Innenstadt lahmlegte.

Schließlich wurde der erste Zukunftstarifvertrag abgeschlossen. Im Ergebnis sicherte die IG Metall die Jobs bis 2011 und der Haustarif galt weiter. Dafür musste im Gegenzug vereinbart werden: 28 Monate Nullrunde, jährlich 66 Stunden Mehrarbeit in ein Langzeitkonto (»Zeitwertpapier«) und ein 400 Stunden »Plus-Minus-Flexkonto« für Auftragsspitzen und Durststrecken. Ein Teil der Belegschaft reagierte nach den euphorisierenden gewerkschaftlichen Aktionen enttäuscht.

2006 erklärt der Konzern erneut, dass es immer noch wirtschaftlich große Nachholbedarfe in die Struktur der Standorte gäbe. In Hannover seien die Gießerei und die Wärmetauscher-Fertigung nicht wettbewerbsfähig. Die IG Metall ließ die internen Geschäftsunterlagen von externen Fachleuten überprüfen. Volkswagen wollte zurück zur 35-Stunden-Woche – ohne

Lohnausgleich. Das hätte in Hannover Personalüberhänge erzeugt, denn im Juli 2006 lief auch der LT mit 1.200 Beschäftigten aus. Der VW-Vorstand legte Aufhebungsverträge mit bis zu 195.000 Euro Abfindung auf. 5.800 Beschäftigte verließen freiwillig die VW AG, darunter 1.450 aus Hannover. Trotz des Auslaufs des LT-Transporters fehlten in Hannover plötzlich Beschäftigte. Die IG Metall hielt mit geforderten Eingriffen in die unternehmerische Verfügungsgewalt dagegen – »35 Stunden Woche gibt es nicht für Lau. Entgegenkommen nur für Produkt- und Investitionszusagen.« Im September 2006 kam es in allen Werken zu Aktionen. In Hannover zogen die Beschäftigten medienwirksam vor die bedrohte Gießerei. Die Lokalzeitungen waren voll von positiver Berichterstattung. Nachdem sich das Unternehmen zu sehr detaillierten Standort- und Produktzusagen für jedes einzelne Werk schriftlich verpflichtet hatte, handelte die IG Metall eine Regelarbeitszeit von 33 Stunden im direkten Bereich und 34 Stunden im indirekten Bereich aus. Zuschläge entfielen, es gab einen Teilausgleich in Form eines Rentenbausteins und eine vertraglich garantierte jährliche Bonuszahlung in Höhe von 10% des operativen Ergebnisses. Für das Werk Hannover wurden u.a. vereinbart: Erhalt der Gießerei und der Wärmetauscher-Fertigung, Modernisierung des Presswerkes und Zusagen für ein neues Fahrzeug (Amarok).

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wurden VW und die Interessenvertretung zum Spielball wirtschaftlicher und politischer Interessen. So vermeldeten die Zeitungen zum Jahresbeginn 2005, dass zwei dauerhaft beurlaubte SPD-Landtagsabgeordnete zu ihrem Abgeordnetenentgelt weiterhin Bezüge von VW bezogen. Für einen Teil der Presselandschaft wurde dies zum Anlass für Angriffe auf die Mitbestimmung bei Volkswagen und die Arbeit der IG Metall-Vertrauensleute während der Arbeitszeit genutzt. Als dann noch ab dem Juni 2005 der Wolfsburger Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Volkert der Vorteilsnahme bezichtigt und überführt wurde, ergossen sich über die betrieblichen Interessenvertreter der IG Metall mediale Angriffe und Häme. Nach dem Rücktritt von Klaus Volkert gelang es der neuen Spitze des Gesamtbetriebsrates mit seinem Vorsitzenden Bernd Osterloh innerhalb kurzer Zeit, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. In Hannover kam es zu einem Wechsel in der Position des Betriebsratsvorsitzenden. Auf Günter Lenz, folgte 2007 Heinrich Söfjer und auf ihn 2009 Thomas Zwiebler.

Parallel dazu gerieten der Konzern und seine Beschäftigten zwischen 2004 und 2009 in eine juristische, politische und wirtschaftliche Zwangslage. Die EU-Kommission klagte vor dem europäischen Gerichtshof erfolgreich gegen das VW-Gesetz, weil Passagen nicht europarechtskonform wären. Das VW-Gesetz von 1960 verlangte bei wichtigen Beschlüssen im Aufsichtsrat eine 80%-Mehrheit. Damit konnte das Land Niedersachsen als Anteilseigner Beschlüsse gegen die Interessen des Landes und der Beschäftigten blockieren. Schon die Klage gegen das VW-Gesetz ermutigte Anleger, Volkswagen zu übernehmen. Als Porsche mit 20% bei Volkswagen einstieg, wurde das zunächst als Schutz vor feindlicher Übernahme interpretiert. Doch bald wurde deutlich, dass Porsche sich mit gewaltiger Kreditaufnahme selbst an einer Übernahme von Volkswagen versuchte. Betriebsrat und IG Metall konterten strategisch. Die Beschäftigten wurden informiert und die Strippen zur Politik gezogen. Man forderte von der Kanzlerin ein europakonformes VW-Gesetz und die Beibehaltung der 80% Mehrheit für wichtige Entscheidungen darin. In nur zehn Tagen sammelten die Vertrauensleute im Dezember 2007 80.538 Petitions-Unterschriften an den Bundestag (in Hannover waren es 10.500). 2008/09 ging der Protest in allen Werken weiter. Die Vertrauenskörper-Leiter protestieren in der Aktionärsversammlung, in Wolfsburg zogen 40.000 Beschäftigte vor das Hochhaus. Europaweit wurden an den VW-Standorten 150.000 Unterschriften gesammelt und in Brüssel übergeben. Im November 2008 beschloss der

Bundestag ein neues VW-Gesetz. Die 20% Sperrminorität blieb erhalten; Standorte können nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Aufsichtsrat beschlossen werden. 2009 brachten das neue VW-Gesetz und die Finanzkrise den Finanzierungsplan der Übernahme zu Fall. Die Nerven der Banken lagen blank. Porsche schlidderte in die Zahlungsunfähigkeit und gab notgedrungen seine Übernahmepläne auf. Die Rechte des Landes wurden festgeschrieben. Für den Betriebsrat und die IG Metall war dieses Jahrzehnt besonders herausfordernd. Dennoch legte es den Grundstein für eine weitere, erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretungsarbeit. 2010 hatte Volkswagen im Werk Hannover ca. 13.500 Beschäftigte. Seit 2008 ist Bertina Murkovic Betriebsratsvorsitzende und Stavros Christidis ihr Stellvertreter. Andreas Matthias ist VK-Leiter.

Günter Lenz²⁰

* 26. Juli 1959 in Hannover

Günter Lenz verließ die Goetheschule 1975 ohne Abschluss und holte 1976 an der Volkshochschule den Hauptschulabschluss nach. Er begann 1976 »als eingestellter Sozialfall« im Alter von 17 Jahren bei Volkswagen in Hannover-Stöcken eine Ausbildung als Werkzeugmacher. Im gleichen Jahr trat er in die IG Metall ein und wurde 1978 in die Jugendvertretung gewählt. Auf einem Jugend-1-Seminar der IG Metall hatte ihn der damalige Jugendsekretär Reinhard Schwitzer zur Kandidatur animiert.

Günter engagiert sich ab dieser Zeit auch in der IG Metall Hannover: Er wird Mitglied im Orts- und Bezirksjugendausschuss sowie der Vertreterversammlung. Im Jahr 1987 wird er erstmals in den Betriebsrat gewählt und übernimmt dort im Jahr 1992 die Position des Geschäftsführers des Betriebsrates. Im Jahr 1998 wird er als Nachfolger von Siegfried Schinowski als Betriebsratsvorsitzender gewählt.

Die Bedeutung des 2. und 3. Bildungsweges wird an Günters Entwicklung deutlich. Von 1982 bis 1985 bildete er sich zum »Industriemeister Metall« fort, absolvierte an der Hannoveraner Leibniz Akademie eine Fortbildung zum »Betriebswirt VWA« und besuchte von 1987 bis 1993 berufsbegleitend Vorlesungen bei Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft an der Universität Hannover.

Günter Lenz wurde durch Hasso Düvel animiert, in die SPD einzutreten und sich dort zu engagieren. Er hatte verschiedene Funktionen inne und wurde 1997 Vorsitzender der niedersächsischen »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)«. Im Jahr 2003 kandidiert er bei der Landtagswahl und war von 2003 bis 2007 Abgeordneter des niedersächsischen Landtages.

Günter Lenz war in einer Zeit Betriebsratsvorsitzender, als der Druck durch Billiglohn-Standorte in Osteuropa immer größer wurde. Die Wende in den osteuropäischen Ländern brachten den Unternehmen die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe zu Deutschland zu produzieren, wobei sie sich auf die dortigen Niedriglöhne stützten. Dadurch kamen Betriebsräte und die IG Metall sowie Entscheidungen über Produkte und Standorte mehr und mehr unter Druck. So auch bei Volkswagen. Günter Lenz erinnert sich: »Nach der Grenzöffnung zum Osten Europas begannen im Konzern die sogenannten ›Standort-Symposien«. Wer bekommt welche Produkte und die dafür erforderlichen Investitionen? Mit

²⁰ Zeitzeugengespräch mit Günter Lenz

Posen haben wir nach der Übernahme durch VW recht schnell eine ›friedliche Koexistenz‹ erreicht; es war deutlich, dass Fahrzeuge mit geringer Marge nur schwer zu halten seien; so sind die Pritschen-Typen nach Posen gegangen, um die hochwertigen Typen in Hannover halten zu können.« Zusagen für neue Produkte waren nur noch möglich, wenn gleichzeitig Kostenoptimierungen zugesagt wurden; umgangssprachlich hieß dies »Knochen schaben«. Durch die Zukunftstarifverträge von 2004 und 2006 sowie die Hannoveraner Anschlussregelungen konnte die Beschäftigung gehalten werden. Der Versuch des damaligen VW-Managers Wolfgang Bernhardt, die Gießerei in Hannover zu schließen, konnte abgewehrt werden.

2007 trat Günter Lenz von allen Ämtern zurück und wechselte ins Management von Volkswagen. Ab 2007 bis 2019 war er kaufmännischer Geschäftsführer der »Business Unit Spezialfahrzeuge« und ab 2009 parallel Geschäftsführer der »Volkswagen-Gebrauchtfahrzeughandels- und Service GmbH«. Im Jahr 2019 schied er aus dem Berufsleben aus und arbeitet heute ehrenamtlich als Vorsitzender des Sportverein Tus Mecklenheide von 1911 e.V.

Walter Fabian²¹

* 2. Dezember 1954 in Hannover

Vertrauenskörperleiter (VKL) der IG Metall bei Volkswagen

Walter Fabian wurde als Walter Gottsknecht geboren (seinen heutigen Namen nahm er nach der Heirat mit seiner ersten Frau an). Nach Abschluss der Hauptschule begann Walter 1970 bei Volkswagen in Hannover-Stöcken eine Ausbildung zum Werkzeugmacher. 1970 wurde er Mitglied der IG Metall und nahm 1972 an ersten IG Metall-Wochenend-Seminaren teil, wo er auch den damaligen Studenten und späteren Bevollmächtigten Reinhard Schwitzer kennenlernte. Ab 1973 arbeitete er in der Abteilung Kleinschnittbau und arbeitete in der Betriebsjugendgruppe der IG Metall mit. 1973 besuchte er im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel ein 14-tägiges Jugend-II-Seminar, bei dem Edith Grosspietsch und Horst Maylandt Referenten waren. Dazu Walter: »Das war für mich das Durchblicker-Seminar. Es hat mich sehr stark geprägt. Als ich vom Seminar wegfuhr war mir klar: Du bist für den Rest deines Lebens Gewerkschafter – da gibt es kein Vertun. Wenn du deine Stellung in der Gesellschaft verbessern willst, musst du dafür was tun.«

Nach der Bundeswehrzeit kam er 1975 zurück zu Volkswagen und arbeitete in der Betriebsjugendgruppe der IG Metall mit. 1975 wurde er in die fünfköpfige Jugendvertretung gewählt, die stark vom damaligen VK-Leiter Dieter Dicke unterstützt wurde. 1975 wurde Walter Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrer Jugendorganisation der Sozialistischen Deutschen Arbeiter Jugend (SDAJ). Dazu Walter: »Ich habe im Salvator-Allende-Club der SDAJ am Weißekreuzplatz viele jugendliche IG Metall-Mitglieder wieder getroffen.« Walter hat weiter aktiv gewerkschaftlich gearbeitet und sich auf mehreren Betriebsversammlungen zu Wort gemeldet. Er gründete eine Friedensinitiative von VW-Arbeitern und gab viele Jahre den »Roten Käfer« – die Betriebszeitung der DKP – heraus. 1988 wurde er in der Abteilung Großschnittbau zum IG Metall-Vertrauensmann gewählt.

²¹ Zeitzeugengespräch mit Walter Fabian

Ende 1989 trat er aus der DKP aus und wurde 1990 Mitglied der SPD, was er bis Anfang der 2010er Jahre blieb.

1991 wurde Walter in die Vertrauenskörperleitung der IG Metall gewählt, 1994 wurde er stellvertretender und 2002 VK-Leiter. Er wurde Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall Hannover und Mitglied der Verhandlungskommission bei den Tarifverhandlungen zum VW-Haustarifvertrag. Zur Arbeit als VK-Leiter bei Tarifverhandlungen schildert Walter. »Da wir als VK-Leiter Mitglied der Verhandlungskommission waren, habe ich immer am Abend nach einer Tarifverhandlung eigene Präsentationen am PC erstellt und sie gleich am nächsten Morgen in der IG Metall-Fraktion des Betriebsrats vorgestellt. Nach einigen Änderungen habe ich sie dann auf den Vertrauensleutesitzungen präsentiert. Wir haben eigene Flugblätter der VKL erstellt, wo wir Argumentationsketten dargestellt haben – und zwar kurz und knapp und auf den Punkt. Als VK-Leiter bin ich regelmäßig zu Seminaren für Vertrauensleute und Mitglieder gefahren und habe dort zumindest zwei Stunden lang argumentiert. Im Jahr konnte ich so bis zu 600 Kolleginnen und Kollegen direkt erreichen.«

2004 kam es in der Tarifrunde zu einer besonderen Aktionsform in Hannover. Dazu Walter: »Es war klar, dass wir am Tag der Tarifverhandlungen vor dem Parkhotel Kronsberg in Laatzen demonstrieren wollten. Wir haben uns dann entschieden, einen Auto-Korso zu organisieren. Wir sind mit über 1.300 PKWs in einem Autokorso zum Verhandlungslokal gefahren. Die Schlange war über 10 km lang. Als die ersten Fahrzeuge in Laatzen ankamen, waren die letzten noch gar nicht in Stöcken abgefahren. Es war ein phantastischer Erfolg.«

2012 schied Walter Fabian bei Volkswagen aus, zunächst in die Freistellungsphase der Altersteilzeit und später in Rente. Er ist weiterhin aktiv und leitet jedes Jahr sechs Seminare für IG Metall-Mitglieder bei Volkswagen, z.B. zur Geschichte der Interessenvertretung bei VW, zur Wirtschafts- und zur Medienpolitik. Er ist Mitglied in der Delegiertenversammlung der IG Metall Hannover und leitet den Ausschuss für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA).

Old Economy -New Economy

In Hannover nahm die Zahl der Betriebe zu, die nicht zum klassischen Metall- und Elektrobereich, sondern eher zum IT-Bereich gehören. Mit der Einführung des Internets und des Mobiltelefons sowie der Entwicklung von Laptops einerseits und den Spekulationen auf steigende Aktienkurse und sagenhafte Gewinne andererseits kam es ab 1995 zu einer rasanten Aufbruchstimmung im Bereich digitaler Technologien. Hannover war mit der CeBit – einer der weltweit größten Messe für Informationstechnik – am Puls der Zeit. 1995 stellte Bill Gates in Hannover Windows 95 vor und die CeBit erreichte mit 755.000 Besuchern einen Besucherrekord. Bereits zehn Jahre später begann der Sinkflug. Gegen Ende des Booms zeichnete sich ab, dass die hoch, teils überbewerteten Unternehmen die hohen Gewinnerwartungen in absehbarer Zeit nicht erfüllen konnten. Der IT-Arbeitsmarkt, der aufgrund von Fachkräftemangel im Jahre 1999 sogar noch IT-Fachkräfte aus Indien angeworben hatte, musste sich binnen eines Jahres mit der Arbeitslosigkeit vertraut machen. Der Abwärtstrend der New Economy hielt noch mehrere Jahre an und wurde durch die Attentate des 11. Septembers 2001 und die weltweite wirtschaftliche Rezession weiter angetrieben. Die »New Economy« hingegen steckte – im Großen und Ganzen betrachtet – den Einbruch weitgehend unbeschadet weg, und erreichte beispielsweise mit den Hypes um Google oder Facebook eine ganz neue Rolle in der internationalen Wirtschaft.

i-connection

Auch in Hannover hatte sich nach einer Analyse der IG Metall-Bezirksleitung in den Bereichen IT-Dienstleistungen, Telekommunikation, Engineering ein beachtliches Marktsegment gebildet. Durch Ausgründungen und Abspaltungen von bestehenden Großfirmen, aber auch durch Neugründungen – sogenannten Start Ups – sind tausende von Arbeitsplätzen entstanden, die sich von den traditionellen Arbeits- und Organisationsstrukturen teilweise erheblich unterschieden. Das Projekt »i-connection« war ab 2001 als Netzwerk im virtuellen wie im realen Sinne ein Service Angebot der IG Metall für die Zielgruppe IT-Beschäftigte. Das von der Bezirkssekretärin und heutigen Zweiten Vorsitzenden der IG Metall Christiane Benner initiierte und geleitete Projekt ist auch auf der Verwaltungsstellenebene in Verzahnung mit der bisherigen Arbeit des örtlichen Angestelltenausschusses begeistert angenommen worden.

Durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Juli 2001 gab es nun die Möglichkeit, durch ein vereinfachtes Wahlverfahren, Betriebsräte in Kleinbetrieben schnell und unkompliziert zu installieren. Mit dem Abflauen der überhitzten »Dot-Com-Blase« wurde auch in der »New Economy« der Ruf nach einer kollektiven Interessenvertretung und nach Tarifschutz immer lauter. Mit über 26 Neuwahlen von Betriebsratsgremien in kürzester Zeit war die IG Metall kompetenter Partner der Betriebsräte und wurde dadurch auch für die IT-Beschäftigten immer sichtbarer, z.B. bei den Firmen Oracle, Open Shop, Sci Worx, Digital Equipment, Aquin GmbH, Loral Cyber Star, O2, Thomson. Neben der üblichen Betriebsbetreuung trafen sich Beschäftigte und Betriebsräte aus IT- und Engineering-Unternehmen vier bis fünfmal pro Jahr zum Erfahrungsaustausch. Die Belegschaftszahlen sind in der Boom-Phase kräftig gewachsen und lagen in den Jahren zwischen 2000 und 2010 im Schnitt bei 45 bis 95 Beschäftigten. Ausnahmen waren Betriebe wie Hoeft & Wessel oder Viscom, die mit ca. 300 bzw. 360 Beschäftigten für IT- und Engineering-Betriebe die Branche überragten. Die ehemaligen »Start Ups« sind heute fast vollständig verschwunden. Die Ausgründungen und Niederlassungen verschwanden durch ständige gesellschaftsrechtliche Veränderungen und Insolvenzen ebenfalls aus den Handelsregistern. Die Alcatel Ausgründung ke-electronic bzw. Keymile, der letzte Vertreter der i-connection Betriebe, wurde 2021 abgewickelt.

Am 4. Dezember 2001 haben die IG Metall Nordrhein-Westfalen und der nordrhein-westfälische Verband der Metall- und Elektroindustrie einen »Rahmentarifvertrag Telekommunikation« abgeschlossen. Vodafone (D2) ist diesem Vertrag beigetreten. Die allgemeinen Arbeits-, und Einkommensbedingungen des Telekommunikationsriesen regelte nun ein Tarifvertrag der IG Metall, auch in der Niederlassung Hannover.

<p>Vodafone – Niederlassung Hannover</p>

<p>An der Vahrenwalder Straße/Ecke Kabelkamp liegt die Hannoversche Niederlassung von Vodafone (voice, data, fone) – dem großen Kommunikationskonzern. Hier arbeiten ca. 580 Menschen in den Bereichen Kundenbetreuung, Technischer Support, Vertrieb und Verwaltung. Das Herzstück der Niederlassung sind Call-Center-Teams, die den Service für Privat- und Geschäftskunden aller Vodafone Sprach und Datendienste – Mobilfunk, Festnetz, Internet, Fernsehen – sicherstellen. Die Hannoversche Niederlassung ist eine von acht</p>

Regional-Niederlassungen in Deutschland. Insgesamt hat Vodafone in Deutschland 14.000 Beschäftigte. Die ca. 180 Vodafone-Shops in Deutschland werden auch von den Niederlassungen betreut.

»Vodafone und IG Metall – wie geht das zusammen?« Diese Frage liegt auf der Hand. Die Zuständigkeit der IG Metall ist nur historisch zu erklären und geht zurück auf einen heute nicht mehr existierenden Stahlkonzern – die Mannesmann AG, die durch ihre nahtlos verschweißten Großröhren bekannt wurde. Dieser mächtige Konzern fing Ende der 1980er Jahre an, sich zu diversifizieren und investierte in den Aufbau eines neuen Unternehmensbereiches »Telekommunikation«. Die Mannesmann Mobilfunk GmbH (MMO) mit Sitz in Düsseldorf betrieb ab 1989 das erste private Mobilfunknetz D2. 1996 hatte MMO bereits zwei Millionen Kunden. Da die MMO Teil des Mannesmann Konzerns war, war die Zuständigkeit der IG Metall unbestritten.

1999 kam es dann zu einem Wirtschaftskrimi, den es bisher in Deutschland so nicht gegeben hatte. Das englische Telekommunikations-Unternehmen Vodafone beabsichtigte, den gesamten Mannesmann-Konzern zu übernehmen und machte allen Aktionären ein Angebot für den Kauf ihrer Aktien. Nach einer regelrechten »Übernahmeschlacht« gab der Vorstand von Mannesmann im Jahr 2000 nach und empfahl den Aktionären den Verkauf ihrer Aktien an Vodafone. Dafür bezahlte Vodafone 180 Milliarden Euro. Der Vorstandsvorsitzende von Mannesmann Klaus Esser erhielt zusätzlich zu seiner Abfindung eine Prämie von 16 Millionen Euro, über die es später einen Rechtsstreit geben sollte. Die Übernahme eines ganzen Konzerns durch ein ausländisches Unternehmen wird heute auch als Startpunkt für einen neuartigen Finanzmarkt-Kapitalismus in Deutschland gesehen. Vodafone war natürlich ausschließlich an der Sparte »Mobilfunk – Netz und Lizenzen« interessiert und verkaufte nach der Übernahme von Mannesmann die anderen Konzernteile an Siemens, Bosch, die Salzgitter AG und andere. Danach wuchs das Unternehmen Vodafone in Deutschland sehr stark und kämpft heute, nach Übernahme von ARCOR und Kabel Deutschland, mit der Telekom um die Marktführerschaft in der Telekommunikationsbranche in Deutschland.

Die IG Metall blieb mit der Tarifbindung durch den Rahmentarifvertrag (MTV – Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen) weiter für Vodafone zuständig. Die hinzu gekommenen Beschäftigten von ARCOR und Kabel Deutschland kamen aber aus der Tarifzuständigkeit der Gewerkschaften ver.di und EVG. Die Anpassung und Einbindung der unterschiedlichen tarif-, arbeitsvertraglichen Konditionen an den Rahmentarifvertrag der IG Metall war und ist kompliziert. Die durch Unternehmensfusionen entstandenen Zuständigkeitsfragen der Gewerkschaften sind in Verhandlungen mit der Unternehmensleitung oft ein Punkt, mit dem das anfänglich klare Bekenntnis von Vodafone zur IG Metall-Tarifbindung auch mal in Frage gestellt wird. Dies ist für eine einheitliche Interessenvertretung nicht förderlich. Die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder und große Teile der Belegschaft in Hannover sind Mitglied der IG Metall. Zurzeit ist der Kollege Dirk Wilharm Betriebsratsvorsitzender.

Astrid Marquardt²²

* 28. Mai 1958 in Wunstorf

Betriebsratsmitglied bei Vodafone, Niederlassung Hannover

²² Zeitzeugengespräch mit Astrid Marquardt

»Aus der analogen Welt des Buchhandels in die digitalen Sphären des Mobilfunks« – so ließe sich Astrid Marquardts beruflicher Werdegang beschreiben. Sie wurde 1958 in Wunstorf bei Hannover geboren und absolvierte nach der Schule eine Ausbildung als Buchhändlerin. Nach der Ausbildung arbeitete sie in mehreren renommierten Buchhandlungen in Hannover.

1995 unterschrieb sie im Alter von 37 Jahren bei der damaligen Mannesmann Mobilfunk GmbH einen Arbeitsvertrag. Nach einer fundierten 3-monatigen Ausbildung arbeitete sie anschließend als Kundenberaterin. Im Jahr 2000 wurde der Betrieb von Vodafone aufgekauft. Damals war die Niederlassung Hannover noch in Godshorn und zog im Jahr 2018 an die Vahrenwalder – Straße. Dazu erinnert sich Astrid: »Das war eine spannende, tolle Zeit. Es passte alles zusammen. In der Kundenbetreuung waren wir ein klasse Team. Das Gehalt hat gestimmt. Die Arbeit hat Spaß gemacht. Der Erfolg des Unternehmens war damals atemberaubend und wir waren direkt daran beteiligt«.

Der Zauber der neuen Arbeitswelt hat allerdings auch vieles überdeckt, so z.B. die im Arbeitsvertrag festgelegten Arbeitszeiten. Die Hotlines für die Kundenbetreuung liefen salopp ausgedrückt »twenty four seven«, also 24 Stunden an sieben Tagen. Das heißt Dreischichtbetrieb an allen Wochentagen, natürlich auch an Sonntagen und Feiertagen. Astrid hat 18 Jahre im Schichtdienst gearbeitet bis im Jahre 2014 mit der Versetzung in den Technischen Service für Geschäftskunden ein Wechsel in die Normalschicht möglich wurde.

Gewerkschaftliche Strukturen mussten erst schrittweise aufgebaut werden. Der Gesamtbetriebsrat in Düsseldorf konnte in der damaligen Zeit viel für die Belegschaft in Form von freiwilligen Leistungen herausholen.

Über die rechtliche Instabilität dieser auf tönernen Füßen stehenden vertraglichen Konditionen hat sich keiner große Gedanken gemacht. Astrid erinnert sich aber: »Ein Kollege in der Kundenbetreuung hat immer Verbindung zur IG Metall gehalten, hat immer Kolleginnen und Kollegen auf die IG Metall angesprochen, und aus der IG Metall-Tarifkommission informiert. Das war Carsten Stille, unser Metaller, der hat immer davon gesprochen, dass uns das alles mal auf die Füße fällt, wenn wir keine tarifliche Absicherung haben. Der hat mich 1996 wieder in die Gewerkschaft geholt und mich auch ermutigt für den Betriebsrat zu kandidieren«. Astrid war von diesem Zeitpunkt an bis heute immer Betriebsrats-Kandidatin, Ersatzmitglied im Betriebsrat, Mitglied der Tarifkommission und von 2000 bis 2005 in der IG Metall Ortsverwaltung Hannover.

Seit Jahren ist nun ein ständiger Optimierungs-, Anpassungs-, Umstrukturierungsprozess bei Vodafone im Gange. Ständig werden Abteilungen durchgewirbelt und Niederlassungen gegeneinander ausgespielt. Alles wird nur noch von den Kosten her betrachtet: »Es ist eine große Enttäuschung, wie man mit uns umgeht. Aktuell stehen wir wieder an der Schwelle einer größeren Veränderung, die bis in die empfindlichen Teile der arbeitsvertraglichen Regelungen reichen wird. Wir werden dagegenhalten, werden versuchen uns einzubringen. Wir werden informieren, berichten, Vorschläge machen und Kritik formulieren. Wir werden weitermachen, vielleicht einen ordentlichen Kompromiss erzielen, aber so wie es mal war, wird es wohl nicht wieder werden«. 2022 wird Astrid nach 45 Berufsjahren in Rente gehen.

Steffen Hardekopf²³

²³ Zeitzeugengespräch mit Steffen Hardekopf

* 12. Juni 1974 in Stadthagen

Betriebsratsmitglied bei Vodafone, Niederlassung Hannover

Steffen Hardekopf besuchte nach Grund- und Realschule eine berufsbildende Fachschule zur Ausbildung im Bereich Bürokommunikation. Im Jahr 1991 begann er bei der damaligen Deutschen Bundespost eine Ausbildung als »Fernmeldeassistent« mit der Perspektive, anschließend in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Zwei Jahre später wurde der Beamtenanwärter Steffen Hardekopf in die Wirren eines riesigen Konzernumbaus gestürzt. Denn 1995 wurde die staatseigene Deutsche Bundespost in drei Gesellschaften aufgegliedert, die anschließend privatisiert werden: Die Telekom AG, die Deutsche Post AG und die Postbank AG. Steffen kam zur Telekom und erinnert sich: »Als letzter Jahrgang der Beamtenanwärter kamen die auf die Idee, uns bundesweit einzusetzen. Die haben mich dann nach Berlin zwangsverschickt. Acht Monate in der einen, dann wieder drei Monate auf eine andere Stelle. Fast zwei Jahre habe ich das mitgemacht. Irgendwann wurde ich in die Telefonauskunft Berlin-Mitte versetzt und da wurde mir klar: ich muss weg, das wird hier nichts mehr«.

1996 fing Steffen bei der Mannesmann Mobilfunk GmbH in Hannover an, die heute Vodafone heißt. »Mit 22 Jahren in einem jungen Team – wir waren fast alle ein Alter – das war schon klasse. Im Gegensatz zur Telekom war die Stimmung großartig, alle waren total motiviert, es ging ständig vorwärts und aufwärts, echt Goldene Zeiten«. Steffen entwickelte sich nach der sogenannten Grundausbildung in Richtung »Technischer Support – Data Solution – Back Office« für Großkundenprodukte.

Während der Telekom Episode war Steffen Mitglied der Deutsche Postgewerkschaft. Als er bei Mannesmann anfang, wurde er von einem Kollegen, den alle »unser Metaller« nannten, auf den Gewerkschaftswechsel angesprochen. Das war Carsten Stille, der ihm eine IG Metall-Beitrittserklärung überreichte. 1997 wurde Steffen also Metaller, hat bei der nächsten Betriebsratswahl kandidiert, ist seit 2011 Betriebsratsmitglied und gemeinsam mit Astrid Marquardt für die Niederlassung Hannover in der Tarifkommission der IG Metall für Vodafone.

2012 bis 2013 kam es zu einem richtigen Großkonflikt. Die Geschäftsführung der Vodafone AG wollte aus der Tarifbindung aussteigen. Als Begründung wurde eine notwendige und überfällige Marktanpassung angegeben. Wesentliche Betriebsteile sollten per Outsourcing wirtschaftlich stabilisiert, die Kernbelegschaft nachhaltig reduziert und das Unternehmen an striktere Kosten- und Leistungsstrukturen angepasst werden. Diese Auseinandersetzung hat etwas im Unternehmen verändert. Die Stimmung kippte, die Betriebsversammlungen waren härter und große Teile der Belegschaft haben zum ersten Mal sowas wie Gegenwehr gezeigt. Der viele Monate währende Konflikt führte dann zu einem bitteren Kompromiss. Dazu Steffen: »Wir konnten zwar die Tarifbindung und die meisten Arbeitsplätze absichern, der Arbeitgeber konnte aber außertarifliche Zulagen und Zuschläge kürzen oder komplett streichen, Ausgleichbeträge anpassen und eine neue leistungsbezogene Bezahlung mit sogenannten Gehaltsbändern durchdrücken. Durch ein zusätzliches Abfindungsprogramm, für das auf einmal Geld da war, haben viele Kolleginnen und Kollegen das Unternehmen verlassen. Danach war die immer hochgehaltene tolle Unternehmenskultur auf den Kopf gestellt. Aktuell sollen nun wieder Arbeitsbereiche neu zugeschnitten, Arbeitszusammenhänge aufgedröselt und Teams neu ausgerichtet werden. Als Betriebsrat werde ich weiterhin versuchen, die Belegschaft, meinen Arbeitsbereich so umfassend wie

möglich zu informieren. Bisher bin ich auch nicht müde geworden, Themen und Fragen aus der Belegschaft im Betriebsrat zu erörtern; auch wenn die Tagesordnung noch so lang ist. Man muss die Leute mitnehmen und beteiligen. Das sind für mich ganz wichtige Voraussetzungen, um auf Kurs zu bleiben«.

IG Metall im Bundesgebiet

2001 fusionierten fünf Gewerkschaften zur neuen Gewerkschaft ver.di: die Gewerkschaft »Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)«, die Gewerkschaft »Handel, Banken und Versicherungen (HBV)«, die IG Medien, die »Deutsche Postgewerkschaft (DPG)« und die »Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG)«. Damit entstand neben der IG Metall eine zweite Gewerkschaft mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern. Die DAG war bisher keine Mitgliedsgewerkschaft des DGB, sondern kandidierte z.B. im IG Metall-Bereich mit eigenen konkurrierenden Listen bei den Betriebsratswahlen. Diese Spaltung wurde durch die Integration der DAG in ver.di überwunden. Allen DAG-Mitgliedern im IG Metall-Bereich wurde empfohlen, in die IG Metall überzutreten.

Bei der IG Metall hatte der Erste Vorsitzende Klaus Zwickel angekündigt, dass er aus Altersgründen beim Gewerkschaftstag im Herbst 2003 nicht erneut kandidieren werde. Innerhalb der IG Metall wurde über die Nachfolge heftig diskutiert. Der Zweite Vorsitzende Jürgen Peters und der Baden-Württemberger Bezirksleiter Berthold Huber waren für die Nachfolge im Gespräch. Nach kontroversen Diskussionen entschied der Vorstand der IG Metall im April 2003 über einen Personalvorschlag an den Gewerkschaftstag. Vorgeschlagen wurde Jürgen Peters als Erster und Berthold Huber als Zweiter Vorsitzender.

Nach dem verlorenen Streik um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland wurde versucht, Jürgen Peters für die Niederlage verantwortlich zu machen und ihn als Ersten Vorsitzenden zu verhindern. Es folgten wochenlange kontroverse Debatten über die zukünftige Führung, die auch in den Medien ausgetragen wurden. Die Mitglieder der IG Metall kritisierten diese öffentlichen Kontroversen und drängten auf ein schnelles Ende der »Führungskrise«. Schließlich verständigten sich Jürgen Peters und Berthold Huber, an dem ursprünglichen Personalvorschlag festzuhalten. Daraufhin erklärte Klaus Zwickel seinen vorzeitigen Rücktritt, und Jürgen Peters übernahm kommissarisch die Leitung der IG Metall. Der geplante Gewerkschaftstag wurde vorgezogen und geteilt, um die Personaldebatte zu beenden. Ende August fand der erste Teil des Gewerkschaftstages in Frankfurt statt, wo Peters und Huber jeweils mit Zweidrittel der Stimmen gewählt wurden.

Der zweite Teil des Gewerkschaftstages mit der Antragsberatung fand vom 14. bis 18. Oktober 2003 in Hannover statt. Bei der Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder kam es zu Unmutsäußerungen zahlreicher Delegierter gegen die »Agenda 2010«. Etliche Delegierte hielten während der Rede von Schröder gelbe Plakate mit der Aufschrift: »Hände weg von den Tarifverträgen« hoch. Als die Vertreter der politischen Parteien den Gewerkschaftstag zu einer Podiumsdiskussion besuchten, demonstrierten Hannoveraner IG Metall-Mitglieder vor dem Tagungssaal. Auf einem Transparent stand: »FDP und CDU lass den Tarifvertrag in Ruh!«

Vier Jahre später wurde auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 2007 wurden Berthold Huber als Erster Vorsitzender und Detlef Wetzel als Zweiter Vorsitzender gewählt. Die Bezirkssekretärin der IG Metall Bezirksleitung Hannover, Helga Schwitzer, wurde geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

2008 startete die IG Metall eine breit angelegte Kampagne gegen die Zustände in der Leiharbeit. In den Betrieben der Metallindustrie wurden jetzt die Leiharbeiter gezielt von den Betriebsräten und Vertrauensleuten angesprochen. Viele Leiharbeiter wurden Mitglied der IG Metall. In etlichen Betrieben wurden Betriebsvereinbarungen zur Verbesserung der Bezahlung der Leiharbeiter abgeschlossen, so z.B. bei der Firma Wabco. In einer mehrjährigen Auseinandersetzung gelang es der IG Metall schließlich, akzeptable Tarifverträge für Leiharbeitsbeschäftigte durchzusetzen, die nach einem Stufenplan bei einer Einsatzdauer von 15 Monaten das gleiche tarifliche Grundentgelt wie für die Stammebelegschaft vorsehen.

IG Metall in Hannover

2002 gab es in der IG Metall Hannover einen Führungswechsel. Der Erste Bevollmächtigte Dieter Dicke schied aus dem aktiven Arbeitsleben aus. Nachfolger wurde der bisherige Zweite Bevollmächtigte Reinhard Schwitzer. Zweiter Bevollmächtigter wurde Ulrich Fitzner. 2004 wurde Pia Pachauer als KassiererIn gewählt und war die erste weibliche Geschäftsführerin der IG Metall Hannover. Sie engagierte sich im Besonderen in der Organisationsentwicklung der Verwaltungsstelle.

Reinhard Schwitzer²⁴

* 18. April 1947 in Hannover

Gewerkschaftssekretär und später Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover

Reinhard Schwitzer begann nach der Realschule 1964 im Alter von 17 Jahren bei Volkswagen eine Lehre als Maschinenschlosser und wurde Mitglied der IG Metall. 1966 wurde er als Jugendvertreter gewählt. 1968 verließ er Volkswagen und holte auf dem 2. Bildungsweg bis 1970 auf dem »Hannover Kolleg« sein Abitur nach. Anschließend begann er an der Universität Hannover ein Studium der Geschichte und Politik, das er mit dem Titel Magister (MA) abschloss.

Ehrenamtlich organisierte er sich in der gewerkschaftlichen Jugendbildung, organisierte Wochenendschulungen und war Referent bei Seminaren für Jugendvertreter. Zu Beginn der 1970er Jahre engagierte sich Reinhard politisch, z.B. gegen Berufsverbote. Deshalb war er bald bei den Gewerkschaften »als Linker verschrien«. Dennoch wurde er nach kontroversen Debatten 1974 vom Ortsvorstand der IG Metall Hannover als Jugendsekretär eingestellt. Wegen seines politischen Engagements und seiner Reden auf Jugendkonferenzen war

²⁴ IG Metall Geschäftsstelle Hannover (2019): Die ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover. Diverse Zeitzeugengespräche mit Dieter Dicke und mit Reinhard Schwitzer

Reinhard bald in der IG Metall bundesweit bekannt. Deshalb musste er sich auch gegenüber dem damaligen Ersten Vorsitzenden der IG Metall Eugen Loderer erklären, warum er einen Aufruf gegen Berufsverbote (vgl. S. XXX) unterschrieben hatte. Reinhard erinnert sich: »Loderer kritisierte mich wegen meines Engagements. Da lacht man heute drüber, damals war mir ganz anders zumute«. Nicht zuletzt aufgrund dieses Drucks trat Reinhard 1976 in die SPD ein.

In seiner Zeit als Jugendsekretär setzte er auf eine systematische Betreuung der Jugend- und Ausbildungsvertretungen, forcierte die Jugendbildungsarbeit und organisierte einen Referentenarbeitskreis für die Jugendseminare der IG Metall. Die damalige Jugendvertreterin von Kabelmetal Marita Weber erinnert sich: »Wir wurden als Ortsjugendausschuss (OJA) von Reinhard Schwitzer betreut. Er war schon immer sehr fordernd. Neben den engeren gewerkschaftlichen Themen setzte Reinhard viele Akzente bei den Themen ›Frieden und Abrüstung‹ und ›Anti-Faschismus‹. Im OJA haben wir viel gelesen – Artikel und Positionspapiere. Das war anders als heute. Die ganze Arbeit im OJA hat uns alle stark politisiert. Im Kreis der ehrenamtlichen Bildungsreferenten und Teamern haben wir uns auch intensiv mit Kapitalismuskritik beschäftigt. Reinhard Schwitzer bezeichnete die Profit-Rate immer als Pommes-Frites-Rate. Er brachte neben inhaltlichen Impulsen auch viel Humor in unsere Arbeit.«²⁵

1993 wurde er als Zweiter Bevollmächtigter und 2002 als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover gewählt. Seine Zeit als Bevollmächtigter war geprägt von massiven Arbeitsplatzabbau in der Metallindustrie. Reinhard und seine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltungsstelle versuchten durch betriebliche Gegenwehr aber auch durch systematische Aktionen zur Mitgliederwerbung, dagegen zu halten. Dabei setzte Reinhard auf regelmäßige Zusammenkünfte der Betriebsratsvorsitzenden und der VK-Leiter.

Reinhard war ein toller Redner und lief bei konfliktreichen Betriebsversammlungen zur Hochform auf. Mit zugespitzten Formulierungen und viel Humor brachte er die Geschäftsführungen zur Weißglut und erntete Beifallsstürme der Belegschaften. Als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertrat er die Interessen der Beschäftigten in den Firmen KraussMaffei (Berstorff), Wabco und der Deutschen Messe AG.

In der IG Metall war Reinhard Mitglied der kleinen Verhandlungskommission bei den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie, von 2002 bis 2012 Mitglied des Beirates und auf vier Gewerkschaftstagen Mitglied bzw. Sprecher der Antragsberatungskommission. Im Alter von 65 Jahren ging er in Rente. Er engagiert sich weiterhin in der Friedensbewegung und der anti-faschistischen Arbeit. Von 2014 bis 2019 hatte er einen Lehrauftrag an der Hochschule Hannover zum Thema »Industrial Relations«. Seit vielen Jahren ist er Vorsitzender des Sportvereins »SG 74« in Hannover.

Die Mitglieder der Ortsverwaltung und die Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre zeigt ein Foto von einer Klausurtagung aus dem Jahre 2008. Die Größe der Delegiertenversammlung wurde von 400 Delegierten bis zum Jahr 1986 schrittweise auf 200 Delegierte reduziert. Der Ortsvorstand hat ohne die Bevollmächtigten 15 Mitglieder. Die erweiterte Ortsverwaltung wurde nach 2007 eingestellt. Durch Massenentlassungen in zahlreichen Betrieben und mehrere Insolvenzen setzte sich der Mitgliederrückgang, der schon 1990 begonnen hatte, fort. Dies galt bundesweit, aber auch bei der IG Metall in

²⁵ Zeitzeugengespräch mit Marita Weber

Hannover. Die Zahl der Mitglieder sank von ca. 43.000 im Jahr 2001 auf 36.600 im Jahr 2010. Auf diesem Stand pegelte sich in den nächsten zwölf Jahren die Zahl der Mitglieder ein.

Bei Volkswagen gab es 2006 ein breit angelegtes Programm für den Ausstieg mit Abfindung, das 1.400 Beschäftigte in Anspruch nahmen. Mehrere Betriebe mussten Insolvenz anmelden und wurde nicht fortgeführt, so etwa: Bode Panzer, Luis Eilers, Max Pietsch, Graff sowie Rüterbau. Der Rückgang der Mitglieder schränkte die finanziellen Möglichkeiten der Verwaltungsstelle stark ein. Mit finanzieller Unterstützung des IG Metall-Vorstandes und der Realisierung eines Sparprogramms konnte sich die Verwaltungsstelle 2006 wieder konsolidieren. Wie schon Mitte der 1990er Jahre versuchte die IG Metall durch verstärkte Mitgliederwerbung diesem Trend entgegenzuwirken. Die Zahl der Neuaufnahmen, z.B. bei den Leiharbeitsbeschäftigten, reicht aber nicht aus die Mitgliederverluste aufgrund von Entlassungen auszugleichen.

Neues Gewerkschaftshaus

Im Jahr 2004 wurde das IG Metall-Haus am Postkamp 12 eröffnet. Auf jeweils zwei Etagen liegen die Büros der Geschäftsstelle und der Bezirksleitung. Im Erdgeschoss liegen der Empfangsbereich und die Sitzungsräume. Später wurde an der Fassade zum Postkamp eine Glasinstallation des Portraits von Otto-Brenner durch den Künstler Nabo Gaß angebracht.

Beginn der Berufsausbildung

2005 bot die IG Metall-Verwaltungsstelle zusammen mit der Bezirksleitung erstmals zwei Ausbildungsplätze für »Bürokaufmann/frau für Bürokommunikation« an. Seitdem werden jedes Jahr ein bis zwei Auszubildende eingestellt und nach der Ausbildung übernommen. Inzwischen haben insgesamt fünf Verwaltungsangestellte der IG Metall Hannover hier ihre Ausbildung absolviert.

Industriemesse und Cebit

In Gesprächen zwischen IG Metall, Betriebsrat und Vorstand der Messe konnte eine Kooperation vereinbart werden. Seitdem haben IG Metall-Mitglieder freien Eintritt zur Hannover Messe, der damaligen Cebit und der Ligna.

Zusammenkünfte der Betriebsratsvorsitzenden und VK-Leitungen

Seit Mitte der 1950er Jahre finden regelmäßige Zusammenkünfte der Betriebsratsvorsitzenden und den Vertrauenskörperleitungen statt. Diese Zusammenkünfte zwischen der IG Metall Hannover und den Betriebsräten und Vertrauensleuten werden bis heute durchgeführt, um den Informationsaustausch und die Bindung zur Organisation aufrecht zu erhalten.

Regelmäßige Gespräche mit dem Oberbürgermeister

Reinhard Schwitzer und der damalige Oberbürgermeister Stephan Weil verabredeten regelmäßige Gesprächsrunden mit Betriebsratsvorsitzenden aus den Metallbetrieben. Seit 2007 findet mindestens einmal im Jahr ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister, der

IG Metall und ca. 20 Betriebsratsvorsitzenden statt. Die Betriebsräte haben dabei die Möglichkeit, mit dem Oberbürgermeister über aktuelle betriebliche und politische Themen zu debattieren.

2007: Demonstration »Bunt statt braun«

Im September 2007 waren die hannoverschen Gewerkschaften erneut im Kampf gegen den Rechtsextremismus gefordert. Die rechtsextreme NPD veranstaltete im Kongress Centrum (HCC) in Hannover ihren Wahlkampfauftakt für die Landtagswahlen im Jahr 2008. Unter Leitung des DGB-Regionsvorsitzenden Sebastian Wertmüller beteiligten sich alle Gewerkschaften an einer Gegendemonstration, zu der auch die Parteien, Verbände und die Hannoveranerinnen und Hannoveraner eingeladen waren. Am 15. September kamen 20.000 Menschen zur Gegendemonstration vom Opernplatz zum Kongresszentrum.

Dual Studierende und Studierende

Ab Ende der 1980er Jahre werden auch in Niedersachsen sogenannte duale Studiengänge angeboten. Dabei kombinieren die Studierenden eine klassische Berufsausbildung mit einem Hochschulstudium zum Bachelor. Die Zahl der dual Studierenden nahm kontinuierlich zu.

Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre boten die ersten Unternehmen in Hannover duale Ausbildungen an, so z.B. Kabelmetal, Volkswagen, Wabco und Aventics. Die Zahl der dual Studierenden stieg bei Volkswagen kontinuierlich, ca. 20% der Auszubildenden sind dual Studierende. Bei Volkswagen wurden sie kurz Stips genannt (Studierende im Praxisverbund). Im Jahr 2005 gelang es der IG Metall bei Volkswagen, einen Tarifvertrag für die dual Studierenden durchzusetzen. In der Metallindustrie scheiterte ein Tarifabschluss bis 2021 regelmäßig am Widerstand der Unternehmer. In diesem Jahr wurde im Tarifabschluss eine Verhandlungsverpflichtung zu einem Tarifvertrag für dual Studierende vereinbart.

Neben den dualen Studierenden kümmerte sich die IG Metall auch um regulär Studierende und Schülerinnen und Schüler. Ab 1990 wurde die Satzung der IG Metall so geändert, dass auch Studierende Mitglied der IG Metall werden konnten, sofern sie einen Beruf in der Metall- und Elektroindustrie anstreben. Ab Anfang der 2000er Jahre wurden Studierende an der Universität Hannover bzw. der Hochschule Hannover direkt angesprochen. Dies geschah an der Universität über das Hochschul-Informations-Büro (hib) und an der Hochschule Hannover sogar durch das Angebot von Lehrveranstaltungen im Rahmen von Studiengängen, die von IG Metall-Vertretern als Dozenten geleitet wurden. Ende 2020 sind in der IG Metall 1.200 Azubis, fast 200 dual Studierende, über 300 Studierende und ca. 80 Schülerinnen und Schüler Mitglied.²⁶

Coaching von arbeitssuchenden Kolleginnen und Kollegen

Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit engagierte sich die IG Metall intensiv auch für arbeitslos gewordene Kolleginnen und Kollegen. Seit 1984 traf sich regelmäßig ein »Arbeitskreis Arbeitslose«. Im Jahr 2008 ging diese Arbeit fließend in die Initiative »Metaller helfen Metallern« über. Hier werden arbeitslose IG Metall-Mitglieder individuell begleitet, qualifiziert, gecoacht und für Bewerbungsgespräche unterstützt. Das Projekt wurde von den

²⁶ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 2016 bis 2019, S. 17

ehemaligen Betriebsratsmitgliedern von Volkswagen Günther Kleine und Gregor Meier durchgeführt und wird aktuell mit Jens Thäder und Karl-Heinz Teschner fortgesetzt.

Operation Übernahme

1994 konnte in der Metallindustrie vereinbart werden, dass Auszubildende am Ende ihrer Ausbildung für sechs Monate befristet übernommen werden. Später wurde der Zeitraum auf zwölf Monate erhöht. Ziel der IG Metall Jugend blieb natürlich der Anspruch auf eine unbefristete Übernahme. Dazu startete die IG Metall bundesweit eine Kampagne für die IG Metall Jugend. Das Motto hieß: »Operation Übernahme.« Mit schwarz-gelben Logos machte die IG Metall Jugend mehrere Jahre mit phantasievollen Aktionen für ihre Forderung mobil. Anfang 2012 gelang dem Betriebsrat von MTU Maintenance in Langenhagen der Abschluss einer Betriebsvereinbarung zur unbefristeten Übernahme. Höhepunkt war eine bundesweite Demonstration in Köln im Jahr 2011. Ein Jahr später konnte in der Metallindustrie vereinbart werden, dass die Auszubildenden grundsätzlich unbefristet übernommen werden, wobei Ausnahmen mit dem Betriebsrat zu vereinbaren sind.

Arbeitskreis Behindertenpolitik

Seit vielen Jahren engagiert sich die IG Metall für behinderte Menschen in der Arbeitswelt. Dazu arbeitet in der IG Metall Hannover seit längerem ein Arbeitskreis »Behindertenpolitik«. Dort treffen sich etwa 15 Kolleginnen und Kollegen einmal im Quartal und diskutieren über aktuelle Themen.

Seniorenarbeit

Seit 1976 existiert in der IG Metall Hannover ein Arbeitskreis für Seniorinnen und Senioren. Seit den 1990er Jahren sind jeweils etwa 7.000 bis 8.000 Senioren Mitglied. Die regelmäßigen Treffen und Aktionen der Kolleginnen und Kollegen aus diesem Arbeitskreis bereichern die Arbeit der IG Metall und stellen eine Bindung dieser Kolleginnen und Kollegen an die IG Metall auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sicher. Zusätzlich bietet die IG Metall ihren Mitgliedern, die kurz vor der Rente oder vor der Altersteilzeit stehen, seit vielen Jahren eine Rentenberatung von sachverständigen Kollegen an.

Migrationspolitik

Anders als in den 1970er bis 1990er Jahren existiert ab den 2000er Jahren kein formeller »Ausländer-Ausschuss« mehr. Dies liegt vor allem daran, dass in den Betrieben der Metallindustrie heute viele junge Beschäftigte tätig sind, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und hier aufgewachsen sind, deren Eltern aber als Migranten nach Deutschland kamen. Diese überwiegend jüngeren Kolleginnen und Kollegen verstehen sich als Deutsche. Viele engagieren sich in der IG Metall, sehen aber nicht die Notwendigkeit für einen Ausländerarbeitskreis. Die Aktivitäten der IG Metall verlagerten sich dementsprechend in Richtung von Aktionen gegen Rassismus. Die Initiative »Bunt statt braun« wurde in Hannover unter Federführung der Gewerkschaften gegründet.

Tarifpolitik

In den Jahren von 2001 bis 2007 konnte die IG Metall beachtliche Tariferhöhungen durchsetzen. In der Finanzkrise 2008/09 wurde es dagegen schwieriger. Die herausragenden Ereignisse in der Tarifpolitik von 2001 bis 2010 waren der Abschluss des Entgelt-Rahmentarifvertrages und das »Pforzheimer Abkommen« zu betrieblichen Ergänzungstarifverträgen.

ERA: Entgelt-Rahmentarifverträge²⁷

Schon in den 1970er Jahren und 1980er Jahren gab es erste Diskussionen in der IG Metall, die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten zu überwinden. Neben den sozial- und arbeitsrechtlichen Unterschieden betraf dies insbesondere die unterschiedlichen Entgeltsysteme. In der niedersächsischen Metallindustrie wurden damals die Arbeiter in zehn Lohngruppen und die Angestellten in sieben Gehaltsgruppen eingruppiert. 1991 startete der Vorstand der IG Metall mit dem Konzept »Tarifreform 2000« einen Diskussionsprozess, der schließlich in den Abschluss von Entgelt-Rahmentarifverträgen in ganz Deutschland mündete.

In Niedersachsen gab es 1991 erste, aber erfolglose Verhandlungen zu dem Thema. Nach der Urabstimmung in Niedersachsen und dem zentralen Abschluss in Hannover von 1994 verständigten sich die IG Metall und NiedersachsenMetall zunächst auf den Abschluss von gemeinsamen Manteltarifverträgen für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, was 1995 gelang. Nach dem der Arbeitgeberverband lange die Verhandlungen zu einem ERA-Tarifvertrag boykottierte, begannen die Verhandlungen dazu im Oktober 2000.

In monatelangen Verhandlungen gelang es im November 2003, in Niedersachsen den Entgelt-Rahmentarifvertrag abzuschließen. Danach werden Arbeiter, Angestellte und Azubis gemeinsam in 13 Entgeltgruppen mit jeweils drei Entgeltstufen eingruppiert. Bis zum Jahr 2009 sollte in allen Betrieben der ERA-Tarifvertrag umgesetzt werden. Dies bedeutete, dass in Niedersachsen knapp 100.000 Kolleginnen und Kollegen neu eingruppiert werden mussten.²⁸ Dies war insbesondere für die Betriebsräte und die örtliche IG Metall ein Kraftakt.

Im Bereich der IG Metall Hannover mussten in ca. 30 Betrieben über 10.000 Beschäftigte in die neuen Entgeltgruppen eingruppiert werden. Die Verwaltungsstelle plante diesen Prozess systematisch. Zunächst wurden die Betriebsräte mit Arbeitshilfen der Bezirksleitung und in Seminaren im Bildungszentrum Sprockhövel und vor Ort qualifiziert. In monatelangen Auseinandersetzungen haben Betriebsräte dann mit den Werks- bzw. Personalleitungen um die neue Eingruppierung verhandelt und gestritten. In ca. zehn Betrieben wurde die Paritätische Kommission und in vier Betrieben die tarifliche Schlichtungsstelle angerufen. Dieter Schaefer (ERA-Koordinator) erinnert sich: »Wir haben für jeden Arbeitsplatz bzw. Arbeitsbereich zusammen mit den Beschäftigten eine detaillierte, ausführliche Arbeitsbeschreibung erstellt und damit argumentiert. Je besser wir gearbeitet hatten, desto bessere Argumente hatten wir für eine gute Eingruppierung. Häufig sahen die Arbeitgebervertreter ›alt aus‹. Die kannten oft überhaupt nicht die tatsächliche Situation am

²⁷ Manthey, Marina/Meine, Hartmut (2004): Der Entgelt-Rahmentarifvertrag in der niedersächsischen Metallindustrie; in: WSI-Mitteilungen, Heft 2, S. 108-109

²⁸ Kuhlmann, Martin/ Sperling, Hans-Joachim (2009): Der Niedersachsenweg – Tarifregelungen, Einführungsprozesse und Wirkungen des ERA; in: WSI-Mitteilungen, Heft 3, S. 127-135

Arbeitsplatz«. Der gesamte Eingruppierungsprozess lief nicht konfliktfrei ab, wurde aber durch die dynamische Besitzstandsregelung, die in Niedersachsen im ERA-Tarifvertrag vereinbart war, entschärft. Heute können sich viele jüngere Beschäftigte nicht mehr vorstellen, dass es vor 2003 getrennte Eingruppierungssysteme für Arbeiter und Angestellte gab.

»Pforzheimer Abkommen« zu betrieblichen Ergänzungstarifverträgen

Nach dem CDU und FDP mit gesetzlichen Änderungsvorschlägen zur betrieblichen Abweichung von Tarifverträgen hervortraten, brachte der niedersächsische Ministerpräsident Wulf ein entsprechendes Gesetz in den Bundesrat ein. Schließlich drohte Bundeskanzler Schröder 2003 in seiner Rede zur »Agenda 2010« offen mit ähnlichen gesetzlichen Regelungen, wenn die Tarifvertragsparteien das Problem nicht eigenständig lösen würden. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die IG Metall in der Tarifrunde 2004, mit den Arbeitgeberverbänden entsprechende Regelungen abzuschließen. Nach dem Ort der Verhandlungen des Pilotabschlusses wird dies bis heute »Pforzheimer Abkommen« genannt. Nach einem streng geregelten Verfahren könnten einzelne Unternehmer bei den Tarifvertragsparteien den Antrag stellen, z.B. in wirtschaftlichen Krisensituationen tarifliche Leistungen abzusenken und im Gegenzug betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Die Verhandlungen werden dazu nicht zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung, sondern zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband geführt.

Streik um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland

Seit der Vereinbarung eines Stufentarifvertrages in Ostdeutschland, galt dort die 38-Stunden-Woche. Im Jahr 2003 beschloss der Vorstand der IG Metall, in Ost-Deutschland die 35-Stunden-Woche wie in Westdeutschland zu fordern. Da sich die Arbeitgeber verweigerten, beschloss der Vorstand der IG Metall die Urabstimmung. Während der Streik in der ostdeutschen Stahlindustrie erfolgreich beendet werden konnte, kam es in der Metallindustrie zu einer herben Niederlage der IG Metall. Der Streik wurde in den Tarifgebieten Sachsen und Berlin-Brandenburg geführt. Auch nach mehreren Streikwochen war der Widerstand der Arbeitgeberverbände zu groß und der Streik wurde abgebrochen.

Tarifverträge zur Altersteilzeit in der Metallindustrie und bei Volkswagen

Die Tarifverträge zur Altersteilzeit vom Ende der 1990er Jahre mussten aufgrund der gesetzlichen Änderungen sowohl in der Metallindustrie als auch bei Volkswagen angepasst werden. In beiden Tarifbereichen gelang es in mehreren Tarifrunden, diese Tarifverträge zu erhalten und zu verbessern. Bis heute ist die Altersteilzeit das dominierende Instrument, um mit beispielsweise 61 bis 63 Jahren aus dem Betrieb auszuscheiden.

Tarifpolitik bei Volkswagen

Das Niveau des Haustarifvertrages lag bei Volkswagen bis Mitte der 2000er Jahre ca. 20% über dem Niveau der Flächentarifverträge der Metallindustrie. Schon mit dem Tarifvertrag zur Einführung der 4-Tage-Woche im Jahr 1993 wurden die Jahresentgelte gekürzt. Im Gegenzug handelte die IG Metall eine Beschäftigungssicherung aus. Angesichts der

verschärften Konkurrenzbedingungen, insbesondere gegen über den Billiglohn-Standorten in Osteuropa, war das Niveau der Tarifverträge auf Dauer nicht zu halten. Volkswagen versuchte immer aggressiver nach Wegen, unterhalb des Niveaus des Haustarifvertrages produzieren zu können. Beispiele sind die Ausweitung der Leiharbeit mittels der VW-eigenen Tochtergesellschaft WOB AG, die Vergabe von bestimmten Fertigungs- und Dienstleistungsumfängen an die VW-eigene Tochtergesellschaft Autovision und das Projekt Auto 5.000. Zwar gelang es der IG Metall, auch für diese Bereiche Tarifverträge abzuschließen, die aber deutlich unter dem Niveau des Haustarifvertrages lagen.

Der Druck auf den Haustarifvertrag wurde von Volkswagen mit massiven Drohungen nach dem Abzug von Produktionsumfängen ins osteuropäische Ausland erhöht. In dieser Konfliktsituation wurden in der IG Metall, den Betriebsräten, den Vertrauensleuten und in der Belegschaft intensive Debatten geführt. Das Ergebnis waren zwei »Zukunftstarifverträge« in den Jahren 2004 und 2006. Parallel dazu schloss die IG Metall mit den beiden VW-Tochtergesellschaften WOB AG und Autovision Tarifverträge für die Leiharbeitsbeschäftigten und die Beschäftigten in den Projekten der Autovision ab.

Nach dieser Zeit der »harten« Tarifrunden, die mit Zugeständnissen der Belegschaft verbunden waren, gelang es der IG Metall ab 2010 wieder, deutliche Verbesserungen in den Tarifverträgen durchzusetzen.